

Bericht

zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 15.01.2019

Bildung eines gemeinsamen Gutachterausschusses mit der Geschäftsstelle der Stadt Göppingen: Beschlussfassung

Bürgermeister Daniel Kohl erläuterte eingangs, dass das Land Baden-Württemberg im Jahr 2017 die Gutachterausschussverordnung angepasst hat und beabsichtigt dadurch vermehrt die Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit, wie sie in nahezu allen anderen Bundesländern bereits in diesem Bereich besteht. Hintergrund ist dabei u. a. die anstehende Reform der Grundsteuer, die bis spätestens zum Jahr 2024 verlässliche Einheitswerte und somit auch Bodenrichtwerte fordert. Dabei wird davon ausgegangen, dass Gutachterausschüsse jährlich mindestens 1000 Kauffälle bearbeiten sollten. Da dies die kleineren Städte und Gemeinden im Landkreis nicht erreichen gibt es Überlegungen, interkommunal zusammenzuarbeiten. Im Zuge eines interkommunalen Zusammenschlusses mit der Stadt Göppingen könnten die erforderlichen Zahlen und Voraussetzungen entsprechend der neuen Gutachterausschussverordnung erfüllt werden. Die beteiligten Städte und Gemeinden könnten dabei jeweils Gutachter benennen, so dass auch kleinere Gemeinden ausreichend vertreten sind und bei Gutachten in den jeweiligen Gemeinden ihre Ortskenntnisse mit einbringen könnten. Der Gemeinderat sprach sich einstimmig für den Vorschlag der Verwaltung aus, eine entsprechende Vereinbarung mit der Stadt Göppingen zu schließen. Der gemeinsame Gutachterausschuss kann aus organisatorischen Gründen erst im Jahr 2020 gebildet werden. Bis dahin bleibt der örtliche Gutachterausschuss weiterhin für die Erstellung von Gutachten zuständig.

Organisation und Durchführung der Kommunal- und Europawahlen am 26.05.2019:

- 1. Bildung des Gemeindewahlausschusses**
- 2. Informationen zur Europawahl**
- 3. Verschiedenes**

Am 26.05.2019 finden gleichzeitig die Wahlen des Gemeinderates und des Kreistags, die Wahl der Mitglieder der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart sowie die Europawahl statt. Im Vorfeld dieser Wahlen ist der Gemeindewahlausschuss zu bilden und weitere Beschlüsse zu fassen. Für die Tätigkeit im Gemeindewahlausschuss kommen nur Personen in Frage, die weder für den Kreistag noch für den Gemeinderat bzw. den Regionalverband kandidieren. Aufgrund der Kandidatur von Bürgermeister Kohl für den Kreistag kann dieser in diesem Jahr keine Funktion im Gemeindewahlausschuss ausüben. Deshalb sind der Vorsitzende des Gemeindewahlausschuss und dessen Stellvertreter vom Gemeinderat aus den Wahlberechtigten und den Gemeindebediensteten zu wählen. Weiterhin sind vom Gemeinderat Beisitzer und deren Stellvertreter zu bestellen. Dem Gemeindewahlausschuss gehören auf Beschluss des Gemeinderats folgende Personen an: Vorsitzender: Uwe Göhl, stv.Vorsitzender: Oliver Hoffmann, Beisitzer: Anne Gerster, Diana Ascherl und Christian Leibold, stv.Beisitzer: Dieter Hoffmann, Sylvia Binder und Reinhard Winkler. Für die Europawahl übernimmt der Gemeindewahlausschuss auch die Aufgaben des Wahlvorstands. Die Gemeinde wird wiederum einen Wahlbezirk bilden. Das Wahllokal wird im Gemeindehaus eingerichtet. Als Wahlhelferentschädigung sollen für den Wahldienst am Sonntag, den Auszähldienst am Sonntag, den Wahlhelferdienst am Montag und die Wahlhelferschulung jeweils 25,00 € pro Person bezahlt werden.

Bausachen

- **Antrag auf Wohnhausumbau mit Ausbau des Dachgeschosses und Erweiterung von 3- in 4- Familienhaus auf Flurstück 75/1, Kirchstraße 12**
- **Antrag auf Zulassung von Grenzüberschreitungen bei verfahrensfreien Vorhaben auf Flurstück 325/1 Lindenstraße 7**

Zum Bauvorhaben in der Kirchstraße erteilte der Gemeinderat einhellig das kommunale Einvernehmen. Kritischer wurde im Gremium das Vorhaben in der Lindenstraße bewertet. Hier wurden vom Bauherrn bereits verschiedene verfahrensfreie Objekte auf die Grundstücksgrenze gesetzt, was zu einer eigentlich unzulässigen Überschreitung der Länge der Grenzbebauung geführt hatte. Es handelte sich damit um einen Grenzverstoß. Im Zuge einer nachträglich erfolgten Angrenzerbeteiligung haben sich jedoch alle betroffenen Nachbarn schriftlich mit der Situation einig erklärt. Nur deshalb erteilte der Gemeinderat mehrheitlich seine Zustimmung zum vorgelegten Bauantrag. Ein Sprecher hatte sich dagegen ausgesprochen, da ihm das Vorgehen des Bauherrn in dieser Sache absolut nicht zusagte.

Bekanntgaben und Verschiedenes

Bürgermeister Daniel Kohl informierte über den Stand der **Anschlussunterbringungen** in Gammelshausen. Derzeit sind 13 Personen in Gammelshausen untergebracht bzw. werden bei den Unterbringungen angerechnet. Die Gemeinde ist weiterhin auf der Suche nach geeignetem Wohnraum. Nachdem der Kreistag Mittel für verschiedene **Blitzersäulen** im Landkreis bereitgestellt hat kann die Messanlage an der L1217 vermutlich im Juli/August 2019 erneuert werden. Nachdem es im Gemeindehaus immer wieder Probleme mit der **Lüftungsanlage** gibt findet in dieser Woche ein Ortstermin mit den beteiligten Fachfirmen und dem Architekten statt, um endlich eine Lösung in dieser Sache zu finden. Die Gemeinde Gammelshausen wird sich nicht an einer Sammelbestellung für **dynamische Fahrgastinformationssysteme (DFI)** an Bushaltestellen beteiligen. Dies hat der Gemeinderat so einstimmig beschlossen. Der Landkreis hatte zu einer Sammelbestellung der Geräte aufgerufen. Damit wäre es möglich, über aktuelle Abfahrtszeiten der Busse und Züge zu informieren. Die Kosten für ein solches Gerät bewegen sich bei ca. 3.000 bis 5.000 €. Seitens des Landkreises war angeregt worden, ein DFI für die Haltestelle an der Kirchstraße zu beschaffen. Im Gremium wurde die Ansicht vertreten, dass es nicht fair wäre, das Informationsgerät nur an einer Haltestelle anzubringen. Sofern dann alle anderen Bushaltestellen im Ort mit den DFI-Anlagen ausgestattet würden, wären die Anschaffungskosten im Verhältnis zu den erwarteten Fahrgastzahlen mit zu hohen Kosten verbunden, so die einhellige Meinung im Gremium. Auch wurde darauf verwiesen, dass es bereits heute möglich wäre, über das Handy entsprechende Daten abzurufen.

Anregungen und Anfragen aus dem Gemeinderat

Auf eine Anfrage erklärte der Bürgermeister, dass erfolgte **Schürfungen in der Kirchstraße** für die Kreisarchäologie auf einen anstehenden privaten Baubeginn für ein Zweifamilienhaus zurück zu führen sind. Es wurden keine Spuren gefunden, die gegen einen Bau an dieser Stelle sprechen. Ein Sprecher brachte vor, am **Obstlehrpfad** sei die Beschilderung teilweise beschädigt und sollte wieder instand gesetzt werden, was vom Bürgermeister zugesagt wurde. Auf Wunsch des Gemeinderats sollen die derzeit beim Bauhof gelagerten **Kleinspielfeld-Fußballtore** am Sportplatz im Ostern fest installiert werden. Dies ist Voraussetzung, um die sicherheitstechnischen Erfordernisse gewähren zu können. Dabei sollen die Tore mittig im Spielfeld in Ost-West Richtung aufgestellt werden.

gez.
Uwe Göhl
Schriftführer
-18.01.2019-

Bericht

zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 12.02.2019

Kooperativer Glasfaserausbau in der Region Stuttgart:

a) Sachstand

b) Gründung und Beitritt zum „Zweckverband Gigabit LK GP“: Beschluss

Der Gemeinderat stimmte einmütig der Gründung und dem Beitritt der Gemeinde Gammelshausen durch Vereinbarung der Verbandssatzung des „Zweckverbands Gigabit Landkreis Göppingen“ zu. Damit verbunden sind für die Gemeinde zunächst jährliche finanzielle Aufwendungen von 0,50 €/Einwohner in Form einer Umlage. Bürgermeister Daniel Kohl hatte in seinem Sachvortrag betont, dass die Versorgung von Gewerbetreibenden, Freiberuflern, Bürgern sowie öffentlichen Einrichtungen mit einer bedarfsgerechten und zukunftsfähigen Breitbandversorgung ein entscheidender Standortfaktor und damit von maßgeblicher struktur- und wirtschaftspolitischer Bedeutung ist. Die Region Stuttgart hat deshalb gemeinsam mit den Landkreisen, der Landeshauptstadt Stuttgart und allen Kommunen gemeinsame Ziele für den flächendeckenden Glasfaserausbau formuliert. Demnach sollen bis 2025 jeder zweite Haushalt sowie alle Industrie- und Dienstleistungsunternehmen und Gewerbebetriebe sowie alle förderfähigen Schulen mit Glasfaser bis ins Gebäude (FTTH) angeschlossen sein. Bis zum Jahr 2030 sollen 90% aller Haushalte von einem gigabit-fähigen glasfaserbasierten Anschluss profitieren. Diese Ziele sollen und könnten durch eine Kooperation mit der Deutschen Telekom erreicht werden. Die Gemeinden sollen über geplante Glasfaserausbaumaßnahmen im eigenen Ort rechtzeitig beteiligt werden und dann die Möglichkeit erhalten, den örtlichen Ausbauplan zu beeinflussen. Zur Umsetzung und Beschleunigung des Breitbandausbaus im Landkreis Göppingen soll vor diesem Hintergrund zunächst ein Zusammenschluss des Landkreises sowie kreisangehöriger Städte und Gemeinden in einem „Zweckverband Gigabit Landkreis Göppingen“ erfolgen.

Wie der in der Sitzung anwesende Wirtschaftsförderer des Landkreises, Alexander Fromm, ausführte, hätten sich bereits 26 Städte und Gemeinden im Landkreis für einen Beitritt zum Zweckverband ausgesprochen. Auf Regionsebene wird dann eine weiterführende interkommunale Breitbandzusammenarbeit zum flächendeckenden Ausbau eines Höchstgeschwindigkeitsnetzes institutionalisiert. In dieser „Gigabit Region Stuttgart GmbH“ sollen für alle Landkreise, Städte und Gemeinden in der Region Stuttgart alle möglichen Synergien genutzt und gebündelt werden. Dieser Zweckverband soll den Kooperationsvertrag mit der Deutschen Telekom unterzeichnen, so dass alle Städte und Gemeinden, die dem „Zweckverband Gigabit Landkreis Göppingen“ angehören, direkt von der Kooperation profitieren können.

Bausachen:

- 1. Antrag auf Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplans „Letten“ zur Errichtung einer Gerätehütte auf Flurstück 364/11, Willi-Moll-Weg 46**
- 2. Antrag auf Errichtung von zwei Mehrfamilienhäusern mit Tiefgarage auf Flurstück 151/4, Hauptstraße 59**

Zum Antrag auf Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplans „Letten“ zur **Errichtung einer Gerätehütte** erteilte der Gemeinderat das kommunale Einvernehmen. Der Bauherr hatte aus Unwissenheit bereits eine Bodenplatte innerhalb des dort bestehenden Pflanzgebots erstellt. Jedoch hatten beteiligte Ämter des Landratsamts signalisiert, dass eine Befreiung möglich ist, da das Grundstück insgesamt intensiv bepflanzt ist.

Auch zum Antrag auf **Errichtung von zwei Mehrfamilienhäusern mit Tiefgarage** auf dem Anwesen Hauptstraße 59 erteilte das Gremium mit einer Gegenstimme sein Einvernehmen. Der nunmehr vorgelegte Bauantrag sah gegenüber der ursprünglich eingereichten Planung vom April 2018, die der Gemeinderat abgelehnt hatte, entscheidende Änderungen vor: Beinhaltete der damalige Antrag noch 15 Wohneinheiten mit oberirdischen Stellplätzen, ohne ausreichend Grün- und Gartenflächen, so wurde nun nach Rücksprache mit der Gemeindeverwaltung eine geänderte Planung vorgelegt: Im Gebäude sind nunmehr nur noch 10 Wohneinheiten vorgesehen. Der Gebäudekomplex wurde nun von bisher 4,00 m auf rd. 8,50 m von der Hauptstraße abgerückt. In einer Tiefgarage sollen 10 Stellplätze untergebracht werden. Bürgermeister Daniel Kohl hatte ausgeführt, dass er trotz der an dieser Stelle sehr wünschenswerten Nachverdichtung noch einzelne planerische Schwachstellen dahingehend erkannte, als die Westfassade ohne ein (wie bislang geplantes) Staffelgeschoss sehr wuchtig und auch die Balkone zur Westseite sehr massiv wirken würden. Auch plädierte er dafür, mindestens weitere fünf Stellplätze auf dem Grundstück entlang der Hauptstraße auszuweisen, um so 1,5 Stellplätze pro Wohneinheit zu erreichen. In einem Erörterungsgespräch mit der Bauherrschaft sei ihm gegenüber signalisiert worden, dass Bereitschaft bestehe, die angesprochenen Punkte umzusetzen. Das Gebäude werde die ansteigende Ortsdurchfahrt nach Sicht des Bürgermeisters deutlich verändern, weshalb ihm die Änderungen auch so wichtig seien. Im Gremium wurde die jetzt vorgelegte Planung, auch ohne die vom Bürgermeister angeführten wünschenswerten Belange, positiv bewertet. Lediglich der Maßgabe, dass zusätzliche oberirdische Stellplätze ausgewiesen werden, folgte das Gremium einmütig. Die Entscheidung des Gemeinderats geht nun der Baurechtsbehörde im Landratsamt Göppingen zu. Dorthin gelangen auch die Stellungnahmen der Angrenzer, die teilweise erhebliche Bedenken zum Bauvorhaben zum Ausdruck gebracht hatten.

Bebauungsplan „Letten II“: Beschlussfassung zur Vergabe der Planungsleistungen

Der Gemeinderat beschloss, das Büro mquadrat, Bad Boll, mit den Planungsleistungen für den Bebauungsplan „Letten II“ zu einem Angebotspreis von 81.863,88 € brutto zu beauftragen. Bürgermeister Kohl hatte im Vorfeld erläutert, dass sich das Gremium bereits mit den ersten Planentwürfen für ein Baugebiet „Letten II“ für eine Zusammenarbeit mit dem Büro mquadrat ausgesprochen hatte und sich Verwaltung und Gemeinderat stets zufrieden mit den Ergebnissen und der Zusammenarbeit gezeigt hatten.

Bebauungsplan „Bauhof“:

- a) Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan gem. § 2 Abs.1 BauGB**
- b) Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit/ Behörden**

Der Gemeinderat fasste einstimmig den Beschluss für die Aufstellung des Bebauungsplans „Bauhof“. Gleichzeitig wurde beschlossen, eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden vorzunehmen. Erstmals hatte sich das Gremium im Jahr 2016 mit Planungen über eine Neustrukturierung des Bauhofs befasst. Bald darauf wurde ein Grundsatzbeschluss gefasst, das bestehende Bauhofgebäude als Werkstatt und Büro zu sanieren und zusätzlich eine Fahrzeug- und Lagerhalle im dortigen Bereich zu errichten. Damit soll auch eine Zentralisierung der derzeit sechs Außenlager an verschiedenen Orten auf der Gemarkung erreicht werden. Das Büro mquadrat hat einen ersten Vorentwurf zum Bebauungsplan erstellt. Dabei gilt es insbesondere darzustellen, wie das beim Bauhof befindliche Vogelschutzgebiet und das sogenannte HQ 100-Überschwemmungsgebiet (Gebiete, in denen ein Hochwasserereignis statistisch einmal in 100 Jahren zu erwarten ist) gar nicht oder nur geringfügig tangiert werden. Der bestehende Bauhofschuppen wird in den Bebauungsplan einbezogen, damit auch künftig eine einheitliche Entwicklung für das gesamte Bauhofgelände gewährleistet ist. Als nächsten Schritt soll der Bauantrag für das Neubaugebäude angegangen werden. Wenn alles planmäßig verläuft wird sich der Gemeinderat in der nächsten Sitzung bereits mit dem Planungsstand befassen.

Bekanntgaben und Verschiedenes

Die Gemeinde Gammelshausen hat sich bereits wiederholt an sogenannten **Bündelausschreibungen für Strom** beteiligt. Durch europaweite Ausschreibungen für eine Vielzahl von Städten und Gemeinden können günstige Preise für die Energielieferungen erzielt werden. Die gesamten Ausschreibungen werden dabei zentral

über den Gemeindetag Baden-Württemberg ausgeführt. Die im Zuge der 15. Bündelausschreibung erfolgte Vereinbarung mit dem Stromlieferanten, dem SÜWAG Vertrieb AG & Co.KG, läuft infolge einer Kündigung des Lieferanten zum 31.12.2019 aus. Der Gemeinderat sprach sich dafür aus, dass sich die Gemeinde an der nun anstehenden 18. Bündelausschreibung für die Stromlieferung für die Jahre 2020 bis 2022 beteiligt. Dabei sollen wie bisher die Abnahmestellen mit Ökostrom beliefert werden. Die Gemeinde hat ein **weiteres Geschwindigkeitsmessgerät** beschafft, das mit einem Solarmodul ausgestattet ist und in Kürze im Ortsgebiet aufgehängt wird.

Anregungen und Anfragen aus dem Gemeinderat

Auf eine Anfrage erklärte der Bürgermeister, für die im Zusammenhang mit der neuen **Lüftungsanlage im Gemeindehaus** aufgetretenen Probleme schein es nun eine Lösung zu geben. In den nächsten Tagen werde die beauftragte Fachfirma entsprechende Arbeiten und Nachjustierungen vornehmen. Eine Sprecherin brachte vor, am **Bachwegle** sollte die Beschotterung nachverdichtet werden, was vom Bürgermeister zugesagt wurde.

gez.
Uwe Göhl
Schriftführer
-15.02.2019-

Bericht
zur öffentlichen
Sitzung des Gemeinderats
am 19.03.2019

Feststellung der Jahresrechnung 2018

Als ein Zahlenwerk, das als durchaus erfreulich bezeichnet werden kann, präsentierte Bürgermeister Daniel Kohl dem Gemeinderat die Jahresrechnung 2018. Der Verwaltungshaushalt schließt mit einem Volumen in Höhe von 3.362.242,12 € ab. Geplant waren Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 3.231.560 €. Das Volumen des Vermögenshaushalts lag bei 257.983,45 €, die Planung sah 577.600 € vor. Aus dem Verwaltungshaushalt konnten 242.025,30 € als Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt erwirtschaftet werden. Geplant war eine Zuführungsrate von 180.000 €. Damit konnten aus dem Vermögenshaushalt 233.099,41 € der allgemeinen Rücklage zugeführt werden, was dort zu einem Höchststand der letzten Jahre von 877.099,41 € geführt hat. Der Bürgermeister erinnerte daran, dass sich dieser Wert angesichts der anstehenden großen Investitionen wieder reduzieren wird. Mit der Zentralisierung des Bauhofs, der Neubeschaffung eines Feuerwehrfahrzeugs sowie der Sanierung weiterer Ortsstraßen und des Verbindungswegs zu den Aussiedlerhöfen stehen weitere kostenintensive Investitionsprojekte an. Der Schuldenstand der Gemeinde konnte weiter verringert werden. Im vergangenen Jahr wurden planmäßig 66.146,61 € getilgt. Der Schuldenstand der Gemeinde liegt nun bei 590.995,15 € und damit unter dem Landesdurchschnitt vergleichbarer Gemeinden.

Auch Verbandskämmerer Michael Deiß unterstrich die derzeit gute Finanzlage der Gemeinde und hob hervor, dass während des gesamten Jahres 2018 keine Kassenkredite in Anspruch genommen werden mussten. Als verantwortlich für das gute Rechnungsergebnis hatte Deiß drei Faktoren ausgemacht: Aufgrund der guten konjunkturellen Lage ergaben sich für die Gemeinde höhere Steuereinnahmen. Mit einem Gewerbesteueraufkommen in Höhe von 174.372,42 € wurde der geplante Haushaltsansatz von 120.000 € deutlich übertroffen. Mehreinnahmen erhielt die Gemeinde auch beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (+17.708,57 €) und bei den Schlüsselzuweisungen (+5.265,50 €). Lobend sprach sich der Finanzfachmann auch darüber aus, dass Gemeindeverwaltung und sämtliche Dienststellen äußerst sparsam mit den vorhandenen Finanzmitteln umgehen würden.

Im vergangenen Jahr konnte die Gemeinde große investive Maßnahmen durchführen. Der Kämmerer nannte hierbei die Straßenneugestaltungen in Teilen des Schulwegs (246.660,14 €) und der Kirchstraße (173.912,84 €). Dort wurden auch Kanal- und Wasserleitungsstrecken erneuert. Außerdem wurden noch Ausgaben in Höhe von 124.136,92 € für Restmaßnahmen für die Sanierung des Wasserhochbehälters getätigt. Herr Deiß führte aus, das gute Rechnungsergebnis führe dazu, dass die Abwassergebühren in den nächsten Jahren voraussichtlich unverändert bleiben können. Handlungsbedarf werde jedoch für die Wassergebühren und den Bereich des Bestattungswesens gesehen. Der Kostendeckungsgrad im Bestattungswesen liegt derzeit bei 47,92%. Hier sollte mittelfristig ein Deckungsgrad von 60% angestrebt werden, machte Deiß deutlich.

In der Schlussbetrachtung wies der Kämmerer darauf hin, dass die Ertragskraft des Gammelshäuser Haushalts nach wie vor sehr gering sei und ein erneuter Konjunktureinbruch die Gemeinde vor erhebliche finanzielle Probleme stellen würde. Andererseits werden sich für die Gemeinde durch Grundstückserlöse aus der Baulanderschließung „Letten II“ ab 2020 weitere Handlungsspielräume ergeben.

Bausachen:

Abbruch des gemeindeeigenen Gebäudes Hauptstraße 27: Beschlussfassung

Die Gemeinde hat im vergangenen Jahr das Anwesen Hauptstraße 27 erworben. Aufgrund des baufälligen Zustands des Gebäudes war hierfür ein Abbruch vorgesehen. Die Verwaltung hatte hierzu zwei Angebote von gewerblichen Abbruchunternehmen eingeholt. Der Gemeinderat beschloss nunmehr einstimmig, mit den Abbrucharbeiten die günstigste Bieterin, die Firma Köhler, Mühlhausen, zum Angebotspreis von 58.000 € netto zu beauftragen. Die Gemeinde erhält hierfür Zuschussmittel aus dem Landessanierungsprogramm. Wie Bürgermeister Kohl ausführte befindet sich am Gebäude noch ein denkmalgeschützter Inschriftstein. Diesen gelte es, noch vor dem Abbruch auszubauen, zu sichern und zu einem späteren Zeitpunkt wieder an diesem Standort einzubringen.

Zentralisierung Bauhof

- **Vorstellung Planungsstand; Beratung**
- **Beschlussfassung Pläne für Bauantrag Neubau**

Die Sanierungsarbeiten am Bestandsgebäude schreiten planmäßig voran, wusste Bürgermeister Daniel Kohl dem Gemeinderat zu berichten. So wurden zwischenzeitlich die Arbeiten am Dach des Bestandsgebäudes abgeschlossen. Außerdem erfolgte der Einbau eines Sektionaltors und eines Fensters. Das Gebäude soll künftig vornehmlich als Lager sowie als Werkstatt mit Büro und Aufenthaltsraum dienen. Geplant ist, dort eine Gasheizung zu installieren. Verwaltung und Architekt zeigen sich zuversichtlich, dass der veranschlagte Kostenrahmen für die Sanierung des Bestandsgebäudes mit 105.000 € eingehalten bzw. sogar noch unterschritten werden kann.

Dennoch kündigte Architekt Jürgen Autenrieth Mehrkosten für das Projekt an. Diese sind u. a. auf Planungsänderungen aus wasserrechtlichen Gründen zurückzuführen. Seitens des Landratsamts werde gefordert, den Neubau der geplanten Fahrzeughalle außerhalb des im dortigen Bereich vorhandenen Hochwasserüberschwemmungsgebiets (HQ100) zu erstellen. Deshalb werde der Bau um ca. 2,50m in Richtung Westen verschoben. Dadurch werden höhere Betonstützmauern erforderlich und vergrößere sich der zu erstellende Hofbereich. Auch sei derzeit eine immense Baukostensteigerung festzustellen. Architekt und Bürgermeister zeigten sich trotzdem optimistisch, dass der vorgegebene Kostenrahmen für die Gesamtmaßnahme „Zentralisierung Bauhof“ in Höhe von 405.000 € eingehalten werden könne. Hierzu werden auch die geplanten Eigenleistungen durch die Bauhofmitarbeiter beitragen. Angebote für die Erstellung der neuen Fahrzeug- und Lagerhalle bewegen sich zwischen rd. 82.000 € und 87.000 €. Hinzu kommen noch Kosten für die Bodenplatte, die bei ca. 40.000 € liegen. Der Gemeinderat zeigte sich mit der präsentierten Planung einig und ermächtigte die Verwaltung, diese in Form eines Antrags auf Baugenehmigung beim Landratsamt Göppingen einzureichen.

Bekanntgaben und Verschiedenes

Bürgermeister Kohl unterrichtete den Gemeinderat über die Mitteilung des Landratsamts Göppingen, wonach die **Überörtliche Prüfung der Jahresrechnungen 2013-2016** abgeschlossen sei und die wesentlichen festgestellten Anstände erledigt sind. Vom Landratsamt wurde weiterhin die **Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung 2019 des Grundschul- und Kindergartenverbands Dürnau-Gammelshausen** bestätigt. Hierbei wurde der Verbandsversammlung intensiv nahegelegt, eine Änderung des Umlageschlüssels herbeizuführen. Seitens des Landratsamts wurde daran erinnert, dass der Verband im Jahr 2007 aufgrund der damaligen schwierigen Finanzsituation der Gemeinde Dürnau eine Änderung des seinerzeit geltenden Umlageschlüssels, der eine Kostenverteilung auf die beiden Gemeinden ausschließlich nach den Kinderzahlen vorsah, erfolgte. Seither wird ein Grundkostenanteil von 25% berücksichtigt, der, so stellte das Landratsamt fest, zu einer Begünstigung der Gemeinde Dürnau geführt hat und zur dringend notwendigen Entlastung der Gemeinde Gammelshausen wieder rückgängig gemacht werden sollte. Vom Landratsamt wurde die Gemeinde angehalten, dass über den Haushaltserlass im Gemeinderat zu beraten sei. Erfreuliches konnte der Bürgermeister in Sachen **gemeindeeigenes Grundstück Flurstück 55/1, gegenüber dem Rathaus**, berichten: Nach intensiver Suche und vielen Gesprächen sei es nunmehr gelungen, einen Investor zu finden, der dort ein Wohn- und Gewerbeobjekt realisieren möchte und damit den angespannten Mietwohnungsmarkt entlasten soll. In der nächsten Gemeinderatssitzung soll die Veräußerung des Grundstücks beschlossen werden. Der Bürgermeister informierte das Gremium über die Gründungsversammlung des

„Zweckverbands Gigabit Landkreis Göppingen“ am 18. März. In einem ersten Abschnitt wird die **örtliche Straßenbeleuchtung** zwischen der Eschenbacher Straße und der Lotenbergstraße umgerüstet und mit **LED-Leuchten** ausgestattet. Die Gemeinde hat hierfür im Haushaltsjahr 2019 Mittel in Höhe von 22.000 € bereitgestellt. Die Arbeiten werden von der Netze-BW durchgeführt. Im **Gemeindehaus** wird in Zusammenarbeit mit einer Göppinger Tanzschule an acht Abenden ein **Tanzkurs** stattfinden. Die genauen Termine werden zu gegebener Zeit im Mitteilungsblatt bekannt gegeben.

Anregungen und Anfragen aus dem Gemeinderat

Auf eine Anfrage aus der Mitte des Gremiums erklärte der Bürgermeister, dass mit der Erstellung des **Bike-Parkours** beim Sportplatz „Ostern“ im Frühjahr begonnen werden soll. Eine weitere Anfrage galt der von den beiden Gemeinden Gammelshausen und Dürnau gemeinsam beschafften **Wildkrautbürste**. Der Bürgermeister wusste von guten Erfahrungen zu berichten. Das Zusammenwirken funktioniere problemlos. Ein Sprecher wusste von Interessenten von **Inventarteilen** des gemeindeeigenen Gebäudes Hauptstraße 27, das in Kürze abgebrochen werden soll. Der Bürgermeister verwies darauf, dass sich Interessenten für Inventargegenstände direkt an das Bürgermeisteramt wenden sollten. Auf Anfrage erklärte der Bürgermeister, dass für das Jahr 2019 die **Zählerstände der Wasseruhren** erstmals durch die Grundstücksbesitzer in Form Ablesekarten oder online erfolgen werde. Ein Ratsmitglied kritisierte die umfangreiche **mehrfarbige Veröffentlichung im Mitteilungsblatt** im Zusammenhang mit dem Bürgerentscheid in der Gemeinde Zell u. A. Vom Gemeindeverwaltungsverband sei an die Gemeinden wiederholt appelliert worden, die Veröffentlichungen auf ein Mindestmaß zu reduzieren, um Kosten einzusparen. Der in der Sitzung anwesende Geschäftsführer des Gemeindeverwaltungsverbands, Michael Deiß, führte aus, angesichts der besonderen Bedeutung und bisherigen Einmaligkeit eines solchen Ereignisses im Verbandsgebiet, habe sich der Verband dazu entschlossen, eine ausführliche Veröffentlichung abzdrukken. Die entstandenen Mehrkosten durch den mehrfarbigen Abdruck würden von Seiten der Gemeinde Zell getragen.

gez.
Uwe Göhl
Schriftführer
-22.03.2019-

Bericht

zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 09.04.2019

Frageviertelstunde von Einwohnern

Ein Zuhörer brachte vor, auf dem Schulweg würden Fahrzeughalter viel zu schnell fahren, was zu Gefährdungen führe. Er regte an, den Schulweg als verkehrsberuhigte Zone auszuweisen. Auch vertrat er die Auffassung, der Schulweg sei zu schmal, wenn dort Fahrzeuge geparkt würden. Bürgermeister Daniel Kohl erklärte, der Schulweg sei ausreichend dimensioniert, um das Vorbeifahren zweier Fahrzeuge zu ermöglichen. Er werde die Anregung „Ausweisung einer verkehrsberuhigten Zone“ gerne nochmals aufgreifen und bei der zuständigen Straßenverkehrsbehörde vorbringen.

Auf Anfrage eines Einwohners führte Bürgermeister Kohl aus, es sei geplant, im Zuge der Baumaßnahme Bauhoferweiterung eine Gasheizung vorzusehen. Die Gasversorgungsleitung müsse deshalb aus der Hauptstraße, ungefähr auf Höhe der Einmündung Im Hofacker bis zum Bauhof fortgeführt werden. Die EVF habe im Einvernehmen mit der Gemeinde bei den betroffenen Grundstücksbesitzern auf die Möglichkeit eines Gasanschlusses hingewiesen und Umfragen nach Gasbedarf durchgeführt.

Ein Zuhörer erkundigte sich, ob für das geplante Baugebiet „Letten II“ noch Änderungen bei den projektierten Baugrundstücken zu erwarten wären, was vom Vorsitzenden verneint wurde. Zwar wären im Verlauf des weiteren Verfahrens Anpassungen bezüglich der Größe der Grundstücke möglich, jedoch seien keine größeren Abweichungen von der aufgezeigten Planung angedacht.

Lärmaktionsplan Gammelshausen:

Sachstand, Beratung;

Beschlussfassung Abwägungsvorschläge und Maßnahmenkatalog

Auf Grundlage der EU-Umgebungslärmrichtlinie und den daraus folgenden Normen im deutschen Recht war die Gemeinde Gammelshausen verpflichtet einen Lärmaktionsplan zu erstellen, da im Ort ein Verkehrsaufkommen von mehr als 8.200 Kfz/24h ermittelt wurde. Im Februar 2018 wurde vom Gemeinderat ein Entwurf des Lärmaktionsplans beschlossen. Es folgte im weiteren Verfahren die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Träger Öffentlicher Belange. Auch im Rahmen einer Bürgerversammlung wurde über den Lärmaktionsplan umfassend informiert und diskutiert.

Der Gemeinderat hatte sich dann im Juli darauf verständigt, folgende Maßnahmen im Lärmaktionsplan festzulegen bzw. zu fordern:

Beschaffung einer Motorradlärmanzeige im Bereich der Wohnbebauung am Ortsende in Richtung Süden; Beschaffung einer weiteren Geschwindigkeitsanzeige im Bereich der Hauptstraße (das Anzeigegerät wurde zwischenzeitlich beschafft.); Förderung von passiven Schallschutzmaßnahmen an Gebäuden und als wichtigste und wirkungsvollste Maßnahme, eine Temporeduzierung auf 30 km/h in der Nacht auf der Hauptstraße zwischen Rathaus und der Kornbergstraße.

Aufgrund eines Urteils des Verwaltungsgerichtshofes Baden-Württemberg ergaben sich neue Regelungen, die im Oktober 2018 zu einem neuen Kooperationserlass zur Lärmaktionsplanung des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg führte. Dadurch erhalten die Verkehrsbehörden einen größeren Ermessungsspielraum, bei Überschreiten gewisser Lärmwerte verkehrsrechtliche Maßnahmen, im Fall der Gemeinde Gammels-

hausen, die Ausweisung von Tempo 30 auf der Ortsdurchfahrt festzulegen. Hierbei gilt besonders zu berücksichtigen, dass nach der Lärmwirkungsforschung Werte ab 65 dB (A) am Tag und 55 dB (A) in der Nacht im gesundheitskritischen Bereich liegen. Schalltechnische Untersuchungen im Rahmen der Lärmaktionsplanung brachten für die Gemeinde im Ergebnis, dass der Wert von 55 dB (A) nachts an zahlreichen Gebäuden südlich des Kreisverkehrs entlang der Ortsdurchfahrt überschritten wird. Damit liegt die nächtliche Lärmbelastung im sogenannten „gesundheitskritischen Bereich“ und ist bei der Ermessensausübung zur Anordnung von verkehrsrechtlichen Maßnahmen unbedingt zu beachten. Bürgermeister Daniel Kohl erklärte, aufgrund dieser Sachlage befürworte er eine Ausweitung der geforderten nächtlichen Temporeduzierung auf nahezu der gesamten Ortsdurchfahrt, also zwischen dem Kreisverkehr und der Höhe von Gebäude Friedhofstraße 14. Der Gemeinderat folgte einhellig dieser Auffassung und beschloss im Übrigen die bereits im Juli 2018 festgelegten Maßnahmen. Auf Antrag eines Sprechers wurde eine weitere Maßnahme in den Forderungskatalog aufgenommen: Die Pflastersteine am Kreisverkehr sollen entfernt und dafür ein Teerbelag aufgebracht werden, der dann schraffiert werden und somit ein Befahren verhindern soll. Auch wenn durch die neue rechtliche Situation bessere Chancen für die Durchsetzung der gemeindlichen Ziele, eine Temporeduzierung auf der Ortsdurchfahrt zu erreichen, gegeben ist, so kann die Entscheidung der Verkehrsbehörde nach wie vor anders aussehen als erwartet, machte Bürgermeister Kohl deutlich und dämpfte zu hohe Erwartungen an diese neue Regelung.

Verkauf des gemeindeeigenen Flurstücks 55/1

Seit längerer Zeit war die Gemeinde bemüht, das Grundstück gegenüber des Rathauses einer sinnvollen Verwendung zuzuführen und dementsprechend zu veräußern. Bürgermeister Kohl zeigte sich erfreut darüber, dass es nunmehr gelungen sei, einen Investor aus dem Oberen Filstal zu finden, der auf dem Flurstück ein Wohn- und Geschäftshaus mit 8 Wohneinheiten und einer Gewerbeeinheit realisieren wird. Alle Einheiten sollen vermietet werden. Kohl zeigte sich zuversichtlich, dass damit weiter zu einer optischen und infrastrukturellen Stärkung der Ortsmitte beigetragen werde. Damit der Investor zeitnah in die weiteren Planungen des Bauprojekts gehen kann soll die ca. 1.100 m² große Fläche in Kürze an ihn veräußert werden. Der Gemeinderat ermächtigte deshalb die Verwaltung, den Kaufvertrag abzuschließen. Wenn alles planmäßig verläuft soll der Baubeginn im kommenden Jahr erfolgen, das Gebäude dann im Jahr 2021 fertiggestellt sein.

Ersatzbeschaffung Festbühne: Beratung und Beschlussfassung

Die im Jahr 1994 von der Gemeinde, dem Musikverein und dem Gesangverein gemeinsam beschafften flexiblen Bühnenelemente sind nach der langen Einsatzzeit und vielen Reparaturen zum großen Teil defekt und aus Sicherheitsgründen nicht mehr einsatzfähig. Beratungen im Gemeinderat und Gespräche mit den beiden Vereinen hatten ergeben, dass vor einer Ersatzbeschaffung auch ein Mietmodell geprüft werden sollte. Es hatte sich dabei gezeigt, dass für die Gemeinde hierbei ca. 700 € je Einsatztag anfallen würden. Unsicher wäre dabei auch, ob die Bühnenteile auch an Tagen erhöhter Nachfrage von anderen Nutzern (z.B. bei Sommerfesten oder Veranstaltungen in der Weihnachtszeit) überhaupt für die Gemeinde zur Verfügung stehen würden. Der Gemeinderat stimmte deshalb dem Erwerb von 16 Bühnenpodesten (gebraucht, max. ein Jahr alt) bei der Firma EVENTProjects in Baltmannsweiler zum Angebotspreis von 3.617,60 € zu. Weiterhin werden noch Transportboxen (2.439,50 €) sowie umfangreiches Bühnenequipment (5.365,00 €), wie z. B. Bühnengeländer, Teleskopbeine, eine Stahlterasse und vieles mehr von der günstigsten Anbieterin, der Fa. Büttec in Mettmann, beschafft. Wie bei der gemeinsamen Anschaffung im Jahr 1994 wird die Gemeinde von den Gesamtkosten von 11.422,10 € einen Anteil von 60% tragen, der Musikverein und der Gesangverein beteiligen sich gemeinsam mit 40% der Kosten. Einnahmen aus dem Verleihen der Bühnenteile fließen der Gemeinde als Rücklage für etwaige Reparaturen zu, die beiden Vereine werden an diesen Kosten nicht beteiligt.

Bekanntgaben und Verschiedenes

Bürgermeister Kohl konnte bekannt geben, dass seit 1. April ein **neuer Mitarbeiter** das **Grünanlagenpflegepersonal** verstärkt: Herr Hermann Weiß wird sich um die Bepflanzung des Kreisels kümmern. Die **neuen Vertreter des Finanzamts für den Gutachterausschuss**, Herr Kurt Spindler und als dessen Stellvertreter Herr Patrick Baumister, wurden vom Gemeinderat formal bestellt. Vor Kurzem hatte der Gemeinderat

den Beitritt der Gemeinde Gammelshausen zum **Zweckverband Gigabit Landkreis Göppingen** beschlossen. Hierfür mussten nunmehr zwei weitere formelle Beschlüsse vom Gremium gefasst werden, die insbesondere eine Ermächtigung des Bürgermeisters vorsehen, im Zweckverband entsprechende Handlungen vornehmen zu können.

Anregungen und Anfragen aus dem Gemeinderat

Ein Sprecher brachte vor, am **Obstlehrpfad** seien zwei Schautafeln verschmutzt und sollten gereinigt werden. Der Bürgermeister sagte zu, die erforderlichen Reinigungsarbeiten in die Wege zu leiten. Auf eine Anfrage aus der Mitte des Gremiums erklärte der Bürgermeister, dass die **beiden Jugendfußballtore auf dem Sportgelände „Ostern“** in Kürze standfest auf dem Gelände verankert werden und dann wieder bespielt werden können.

gez.

Uwe Göhl

Schriftführer

-12.04.2019-

Bericht

zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 21.05.2019

Frageviertelstunde von Einwohnern

Auf Anfrage eines Zuhörers erläuterte Bürgermeister Daniel Kohl den Sachstand beim geplanten Baugebiet „Letten II“. Der Gemeinderat habe jüngst den Aufstellungsbeschluss gefasst. Wenn alles planmäßig verlaufe könnten die ersten Gebäude dort in ca. zwei Jahren erstellt werden.

Öffentliche E-Carsharing-Struktur im Voralbgebiet; Beteiligung der Gemeinde Gammelshausen

Die Voralbgemeinden möchten sich am Aufbau einer öffentlichen E-Carsharing-Struktur beteiligen. Die Umsetzung eines entsprechenden Projekts könnte mit der Fa. Deer aus Calw erfolgen, die im dortigen Landkreis bereits erfolgreich in Sachen Carsharing wirkt. Voraussetzung für eine Beteiligung am Projekt im Voralbgebiet wäre, dass die Gemeinde Gammelshausen einen geeigneten Standort für eine Ladesäule zur Verfügung stellt und diesen auch finanziert. Die einmalig zu erbringenden Investitionskosten hierfür belaufen sich auf 12.000 bis 15.000 €. Ricarda Becker von der Fa. Deer erläuterte das dann mögliche Nutzungsangebot für Elektrofahrzeuge: Ein Elektrofahrzeug kann von Bürgern dann stunden- oder tageweise angemietet werden. Sofern es die künftige Infrastruktur hergebe können sich hieraus weitere Angebote entwickeln, machte die Fachfrau deutlich. Auch Private können die Ladesäule für ihre Fahrzeuge nutzen. Die alternative Wandladestation sei zwar günstiger, sollte nach Meinung des Bürgermeisters jedoch keine echte Option sein; hierbei wäre nur ein Fahrzeug ladebar und auch ausschließlich jenes der Deer-Flotte. "Der Bürger mit seinem eigenen Fahrzeug hätte hier nichts davon", so Bürgermeister Kohl. Der Gemeinderat bewertete das Projekt einhellig sehr positiv und beauftragte die Verwaltung, einen geeigneten Standort zur Aufstellung einer Ladesäule für zwei Fahrzeuge zu finden und weitere Schritte zu prüfen.

Einbau einer Gasheizung im Bauhofgebäude: Beratung und Beschlussfassung

Im Zuge der Beratungen über die Sanierung des Bauhofgebäudes hatte im Gremium stets Einigkeit darüber bestanden, im Gebäude eine Gasheizung zu installieren. Seitens der EVF ist eine Gasversorgungsleitung über die Hauptstraße bis zum Bauhof geplant. Jedoch dürfte ein Anschluss erst im Jahr 2020 möglich sein. Um bereits für die Heizperiode 2019/2020 im Bauhof eine Heizungsanlage zu ermöglichen ist vorgesehen, eine Speicherheizung mit Flüssiggasertank zu erstellen. Die Verwaltung hatte hierzu zwei Angebote eingeholt. Der Gemeinderat ermächtigte die Verwaltung, die günstigste Bieterin, die Fa. Straile, Schlat, (18.404,17 €) mit den Arbeiten zu beauftragen.

Erweiterung der Urnengemeinschaftsgrabanlage auf dem Friedhof: Beratung

Im Jahr 2015 wurde auf dem Friedhof ein Urnengemeinschaftsfeld realisiert, das insgesamt zwei Abschnitte vorsah. Bisher konnte der erste Abschnitt mit zwei Grabfeldern umgesetzt werden. Das dritte Grabfeld könnte nun nach Abräumung eines sich zuvor dort befindlichen Doppelgrabes geschaffen werden. Damit wäre nach Aussage des Bürgermeisters zum einen das geplante Ensemble abgerundet, zum anderen würde man dem weiterhin zu erwartenden hohen Bedarf an derartigen Grabformen gerecht werden. Kohl geht von einem Kostenrahmen von 7.000 € aus. Der Gemeinderat sprach sich für die Realisierung eines dritten Grabfeldes aus. Die Verwaltung wird hierfür entsprechende Angebote einholen. Der von der Verwaltung vorgegebene Kostenrahmen soll hierbei nicht überschritten werden.

Vorberatung der Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbands „Raum Bad Boll“ am 22.05.2019

Bürgermeister Daniel Kohl informierte über die bei dieser Versammlung anstehenden Tagesordnungspunkte. Beraten werden sollten insbesondere Fragen zur E-Mobilität, Maßnahmen zur N-Region, die Wiederaufnahme der Fortschreibung des Flächennutzungsplans 2030, die Jahresrechnung des GVV, der Spendenbericht 2018 und die Thematik Öffentlichkeit von Verwaltungsratssitzungen. Der Vorsitzende ging jeweils auf die Beratungspunkte ein.

Bebauungsplan „Bauhof“:

- **Behandlung und Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und Träger öffentlicher Belange**
- **Entwurfsbeschluss**

Der Gemeinderat hatte im Februar 2019 die Einleitung des Bebauungsplanverfahrens „Bauhof“ beschlossen. Im Zuge des Verfahrens erfolgte die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit mit der Beteiligung der Behörden und Trägern öffentlicher Belange. Im Anschluss des Beteiligungsverfahrens war vom Gemeinderat über die eingegangenen Stellungnahmen zu beschließen. Der in der Sitzung anwesende Planer, Manfred Mezger, vom Planungsbüro mquadrat in Bad Boll, erläuterte den Stand der Planung und die eingegangenen Anregungen. Im Wesentlichen waren keine schwerwiegenden Stellungnahmen eingegangen. Lediglich von der Wasserbehörde beim Landratsamt war vorgebracht worden, dass sich der Geltungsbereich des Bebauungsplans auf das geplante Erweiterungsgebäude beschränken sollte. Begründet wurde dies mit den Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes, das für den Bereich des bestehenden Bauhofgebäudes einen Großteil der Flächen als Überflutungsbereich bei einem sogenannten Jahrhunderthochwasser (HQ100) vorsieht. Die Ausweisung von neuen Baugebieten ist in solchen Flächen grundsätzlich untersagt. Der Gemeinderat folgte einstimmig dem Vorschlag des Planers und der Verwaltung, die abgegebenen Stellungnahmen zur Kenntnis zu nehmen und den vom Planungsbüro erarbeiteten Entwurf zum Bebauungsplan zu beschließen. In einem nächsten Schritt erhalten die Öffentlichkeit und die Träger öffentlicher Belange wiederum Gelegenheit, Stellungnahmen abzugeben.

Bebauungsplan „Letten II“: Behandlung und Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und Träger öffentlicher Belange

Ebenfalls im Februar hatte der Gemeinderat die Einleitung des Bebauungsplanverfahrens „Letten II“ mit der anschließenden Beteiligung der Öffentlichkeit beschlossen. Auch hier waren von den verschiedenen Behörden Stellungnahmen eingegangen, die vom Gemeinderat nunmehr zur Kenntnis genommen und im weiteren Verfahren berücksichtigt werden sollen. Planer Manfred Mezger hob in diesem Zusammenhang hervor, dass die Gemeinde für das Planungsgebiet eine artenschutzrechtliche Prüfung in Auftrag gegeben habe, um insbesondere Aussagen über etwaige dort vorkommende Vogelarten zu erhalten. Wichtig sei auch, dass die Gemeinde die Forderung des Verbands Region Stuttgart mit einer Bruttowohndichte von 55 Einwohnern pro Hektar im Baugebiet mit der Planung erfülle. Dies sei jedoch nur dann gegeben, wenn im Baugebiet auch Mehrfamiliengebäude bzw. Geschosswohnungsbau ermöglicht werden.

Bausachen

- **Antrag auf Zulassung eines Backhäuschens auf unüberbaubarer Grundstücksfläche auf Flurstück 50/5, Lotenbergstraße 1**
- **Bericht über aktuelle Bauvorhaben im Ort**

Zum Antrag zur Erstellung eines Backhäuschens auf der eigentlich unüberbaubaren Grundstücksfläche am Anwesen Lotenbergstraße 1 erteilte der Gemeinderat das kommunale Einvernehmen zur Inanspruchnahme dieser Flächen.

Anschließend informierte der Bürgermeister über aktuelle Bauvorhaben im Gemeindegebiet:

- Die Abbrucharbeiten des Gebäudes Hauptstraße 27 werden in Kürze abgeschlossen.
- Mit den Arbeiten zur Erstellung des Bike-Parks beim Sportplatz Ostern werde begonnen sobald es die Witterungsverhältnisse zulassen.
- Beim privaten Bauvorhaben Willi-Moll-Weg 15 wurde mit dem Bodenaushub begonnen. Wegen der Sicherung der Baugrube ist der dortige Straßenbereich halbseitig abgesperrt.
- Auch mit den Bauarbeiten am Anwesen Kirchstraße 11 wurde begonnen. Hier gelten für den Baustellenverkehr gewisse Vorgaben für die Befahrung der dort angrenzenden Feldwege.

Bekanntgaben und Verschiedenes

Für die geplante **Sanierung der Wasserleitung und Erneuerung des Feldwegs zu den Aussiedlerhöfen** hat die Gemeinde erneut einen Zuschussantrag beim Land gestellt. Bürgermeister Daniel Kohl gab bekannt, dass der Antrag wiederum abgelehnt wurde. Die Baumaßnahme werde jedoch aus Sicherheitsaspekten als sehr bedeutsam erachtet, weshalb derzeit die Kosten für die Durchführung dieser Maßnahme eruiert werden, erklärte der Bürgermeister. Es ist geplant, die Arbeiten in diesem Jahr durchzuführen.

Bis zur konstituierenden Sitzung des Gemeinderats im Juli wurde die Verwaltung vom Gremium ermächtigt, bei eingehenden Baugesuchen das erforderliche **kommunale Einvernehmen** zu erteilen.

Im Bereich des Gemeindeverwaltungsverbands „Raum Bad Boll“ sollen in den Gemeinden aus dem Nachhaltigkeitsprojekt heraus sogenannte **„Mitfahrbänkle“** aufgestellt werden. Der Gemeinderat verständigte sich darauf, die Standortfrage zunächst noch zurückzustellen.

Die von der Gemeinde beschafften neuen **Bühnenpodestteile** sind nunmehr eingetroffen und stehen ab sofort für die verschiedenen Veranstaltungen zur Verfügung.

Anregungen und Anfragen aus dem Gemeinderat

Ein Sprecher bedankte sich bei der Verwaltung für die rasche Erledigung seines in der jüngsten Sitzung vorgebrachten Anliegens, die verschmutzten **Schautafeln beim Obstlehrpfad** zeitnah reinigen zu lassen. Anschließend verwies derselbe Sprecher auf offensichtliche Probleme im Umfeld des Gemeindehauses, wo einige Anwohner über **Lärmbelästigungen bei Veranstaltungen** berichtet hätten. Im Gremium bestand Einigkeit darüber, hier möglichst rasch Abhilfe zu schaffen. Ein anderes Gemeinderatsmitglied kritisierte die **Zunahme des LKW-Verkehrs an der Ortsdurchfahrt** durch die Abfuhr des Aushubs beim Neubau der Klinik. Bürgermeister Kohl sagte zu, hier nochmals beim Landkreis sowie der beauftragten Baufirma nachzuhaken, wie lange jene Fahrten noch andauern.

gez.
 Uwe Göhl
 Schriftführer
 -24.05.2019-

Bericht

zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 23.07.2019

Wahl des Gemeinderats am 26.05.2019

- **Wahlprüfung**
- **Feststellung eventueller Hinderungsgründe für den Einzug der gewählten Bewerber/innen**
- **Verabschiedung und Ehrung der ausscheidenden Gemeinderatsmitglieder**

Bürgermeister Daniel Kohl hieß alle Ratsmitglieder und die Zuhörerschaft herzlich willkommen und stellte fest, dass heute eine ganz besondere Sitzung stattfindet: Die konstituierende Gemeinderatssitzung erfolgt jeweils nach der Durchführung der Wahlen und es gelte dann je nach dem Ergebnis der Wahlen, Mitglieder des Gemeinderats zu verabschieden und neue Gemeinderäte im Gremium zu begrüßen und zu verpflichten. Der Vorsitzende dankte vorab allen 20 Kandidatinnen und Kandidaten der beiden Wählervereinigungen sehr herzlich, die sich in diesem Jahr zur Wahl stellten. Dies sei in einer Zeit, in der allem Anschein nach Politikverdrossenheit im Großen wie im Kleinen um sich schlage sowie das Interesse am Ehrenamt mehr und mehr verloren gehe, ein wunderbares Zeichen für unsere Gemeinde, für unsere Bürgerinnen und Bürger. Rückblickend erinnerte der Bürgermeister an die in den vergangenen fünf Jahren angegangenen größten Projekte und Aufgaben, die vom Gemeinderat beraten, diskutiert und beschlossen wurden:

Sanierung des Wasserhochbehälters mit neuer Ultrafiltrationsanlage; westliche Friedhofserweiterung mit neuen Grabkammern, Urnengräbern und einer gänzlich neuen Grabform, der Urnengemeinschaftsgrabanlage sowie einem neuen Parkplatz; mögliche Schließungen von Baulücken im Ortsgebiet und Festlegung von bindenden Arrondierungspotenzialen; Bebauungspläne für den Haldenweg, die Kirchstraße, den Schulweg und die Friedhofstraße; für das Projekt Bauhoferweiterung wurde ein weiterer Bebauungsplan auf den Weg gebracht; umfassende energetische Sanierungen des Gemeindehauses und des gemeindeeigenen Wohn- und Geschäftshauses Hauptstraße 21; Sanierung der Ortsstraßen Im Hofacker, Schulweg und Kirchstraße; der Flächennutzungsplan wurde fortgeschrieben, die Grünfläche des Kreisverkehrs wurde umgestaltet; in der Ortsmitte erwarb die Gemeinde zwei große Grundstücke, die einer verdichteten Bauweise zugeführt wurden und noch werden; Grünes Licht für den Beitritt zum Zweckverband Gigabit Landkreis Göppingen und der Region Stuttgart für ein absehbares schnelles Internet im Ort; die Beschaffung eines neuen Feuerwehrfahrzeugs LF 10 für die Freiwillige Feuerwehr wurde intensiv vorberaten und wird das neugewählte Gremium auch künftig beschäftigen.

Seitens des Landratsamtes Göppingen war die Kommunalwahl für gültig erklärt und die Rechtskraft des Ergebnisses bescheinigt worden. So konnten in der heutigen Sitzung vom Gremium einige formell erforderliche Beschlüsse gefasst werden. Es wurde festgestellt, dass keine Hinderungsgründe der gewählten Bewerber vorlagen, die einen Einzug in den Gemeinderat verhindert hätten.

Dem Gemeinderat gehören somit folgende Ratsmitglieder an (in alphabetischer Reihenfolge): Michael Bader, Andreas Böhringer, Dr. Christoph Grünwald, Hans Hohlbauch, Walter Krummrein, Ines Landgraf, Heike Mohring, Bernhard Mürter, Harald Rieker und Friedrich Weiß.

Drei Mitglieder des bisherigen Gemeinderats gehören dem Gremium künftig nicht mehr an und wurden von Bürgermeister Kohl verabschiedet: **Frau Elsbeth Böhringer sowie die Herren Andreas Bunth und Michael Heim (letzterer war nicht persönlich anwesend).**

Bürgermeister Daniel Kohl würdigte rückblickend die ehrenamtliche Gemeinderatsarbeit der aus dem Gremium scheidenden Ratsmitglieder:

Nach fünf Jahren aktiver Wirkungszeit im Gemeinderat wurde **Herr Andreas Bunth** vom Bürgermeister verabschiedet. Herr Bunth hatte nach seiner Wahl im Jahr 2014, auch aufgrund seines Alters von damals 28 Jahren frischen Schwung und jugendlichen Elan ins Gremium gebracht, erinnerte Bürgermeister Kohl an eine gute Zeit mit vielen Weichenstellungen für Gammelshausen, an welchen Andreas Bunth maßgeblich mitgewirkt hatte. Er gehörte fünf Jahre lang dem Bauausschuss der Gemeinde an und war stellvertretendes Mitglied in der Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbands Raum Bad Boll. Der Bürgermeister bedankte sich bei Andreas Bunth für die äußerst angenehme Zusammenarbeit.



Frau Elsbeth Böhringer gehörte dem Gemeinderat 20 Jahre lang an und sorgte mit ihrem beruflichen Sachverstand als Organisatorin eines großen städtischen Baubetriebshofes für einen wichtigen Part im Gemeinderat. Sie war Vertreterin der Gemeinde im Abwasserverband Heiningen – Eschenbach – Dürna



Gammelshausen und gehörte als stellvertretendes Mitglied dem Bauausschuss an. In ihre Amtszeit fielen für die Gemeinde weichenstellende Projekte wie die Ausweisung des Baugebiets „Letten“ und die Ansiedlung des Aldi-Marktes. Lobend erwähnte der Bürgermeister Elsbeth Böhringers besonderen Einsatz für Traditionen im Ort, wie den Erhalt und den Ausbau der Backkultur als profunde

Backhauskennerin und beliebte Backkurs-Geberin. Als besondere Anerkennung für ihr 20jähriges ehrenamtliches Wirken als Gemeinderätin wurde Elsbeth Böhringer die Ehrennadel des Gemeindetags Baden-Württemberg verliehen. Bürgermeister Daniel Kohl nahm die Verleihung vor und bedankte sich bei Frau Böhringer namens der Gemeinde nochmals für ihr langjähriges vorbildliches ehrenamtliches Wirken.

Konstituierung des neuen Gemeinderats

Anschließend begrüßte Bürgermeister Kohl die neu ins Gremium gewählten Mitglieder Michael Bader, Andreas Böhringer und Harald Rieker. Er beglückwünschte die Rätinnen und Räte nochmals zu ihrem Wahlerfolg und gratulierte zu dem großen Vertrauensbeweis, den sie durch die Bürgerschaft somit erhalten haben. Kohl machte deutlich, dass viele Herausforderungen auf den Gemeinderat warten und umfangreiche Beratungen zu tätigen sind. Verbunden sei dies mit dem Wunsch, stets ehrlich und offen miteinander umzugehen. Nur so könne es gemeinsam gelingen, für Gammelshausen einzustehen und das Bestmögliche für die Gemeinde zu erreichen.

Unter Hinweis auf verschiedene Rechte und Pflichten sprachen die gewählten Mitglieder des Gemeinderats die Verpflichtungsformel anlässlich der Einsetzung. Die Verpflichtung selbst nahm Bürgermeister Daniel Kohl anschließend per Handschlag vor.

Im Anschluss fanden verschiedene Wahlen und Besetzungen von Ausschüssen statt. Dabei ergaben sich folgende Ergebnisse:

Zum ersten stellvertretenden Bürgermeister wurde Dr. Christoph Grünwald, zum zweiten stellvertretenden Bürgermeister Bernhard Mürter gewählt. Dem Bauausschuss der Gemeinde gehören künftig an: Michael Bader, Andreas Böhringer, Walter Krummrein, Ines Landgraf und Harald Rieker. Stellvertreter sind: Dr. Christoph Grünwald, Hans Hohlbauch, Heike Mohring, Bernhard Mürter und Friedrich Weiß. Als Vertreter der Gemeinde in den Personalausschuss des Grundschul- und Kindergartenverbands Dürnau-Gammelshausen wurden Ines Landgraf und Heike Mohring gewählt. Stellvertreter sind Michael Bader und Friedrich Weiß. Vertreter in der Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbands "Raum Bad Boll" sind Andreas Böhringer und Heike Mohring. Als deren Stellvertreter wurden Michael Bader und Friedrich Weiß gewählt. Dem Abwasserverband Heiningen-Eschenbach-Dürnau-Gammelshausen gehört Harald Rieker an. Dessen Stellvertreter ist Bernhard Mürter.

Bausachen

- **Antrag auf Errichtung einer landwirtschaftlichen Mehrzweckhalle als Fahrzeug- und Lagerhalle für den Bauhof auf Flurstück 682, Kornbergstraße 7**

Der Bürgermeister erinnerte eingangs des Tagesordnungspunktes an die Gründe, die zur jetzigen Bauhofkonzeption geführt hatten: Der vorhandene Bauhofschuppen bot nur unzureichende Lagerkapazitäten für die Bauhofutensilien, die deshalb an sieben verschiedenen Standorten auf der Gemarkung untergebracht sind. Auch ist im Gebäude keine Heizung vorhanden, so dass die Bauhofmitarbeiter in den Wintermonaten verschiedene Arbeiten zuhause in den Privaträumen erledigen mussten. Diese Missstände der letzten 20 Jahre hatten dazu geführt, dass eine Bauhofneukonzeption von Verwaltung und Gemeinderat ins Auge gefasst wurde. Der mit den Planungen beauftragte Architekt Jürgen Autenrieth, Eislingen, betonte, dass man sich bei diesem Projekt am Nutzungsbedarf des Bauhofs orientiert und die Planung deshalb auf ein Mindestmaß beschränkt habe. Die westlich des vorhandenen Bauhofgebäudes geplante Fahrzeug- und Lagerhalle erstreckt sich über eine Fläche von 18 x 10 m. Neben der Unterbringung des Fuhrparks des Bauhofs im Erdgeschoss weist das Gebäude in einer zweiten oberen Ebene Lagerkapazitäten auf. Eine Besonderheit ist dabei, dass die obere Ebene von außen mit einem angeschüttetem Zufahrtsweg auch mit Fahrzeugen bedient werden kann. Die Kosten belaufen sich nach dem derzeitigen Stand auf 415.548 EUR. Bei der Planung besonders zu berücksichtigen ist das dort verlaufende, sogenannte HQ 100-Gebiet (ein Gebiet, in welchem - statistisch gesehen - einmal in 100 Jahren ein Hochwasserereignis zu erwarten ist). In diesem Gebiet dürfen keine Bauwerke erstellt werden. Die jetzige Planung tangiert das HQ 100-Gebiet mit einer geringen Fläche des Vordaches. Der Bürgermeister erklärte, dass deshalb noch Erörterungsgespräche mit Fachämtern im Landratsamt geführt würden. Auch wenn in der anschließenden Aussprache im Gremium die im Zusammenhang mit der Baumaßnahme erforderlichen Eingriffe in die Landschaft nochmals thematisiert und von einem Ratsmitglied gar für bedenklich angesehen wurden, stimmte der Gemeinderat der aufgezeigten Planung mit einer Enthaltung zu und erteilte das kommunale Einvernehmen zum Baugesuch, das nun auf den Weg gebracht werden kann.

Bekanntgaben und Verschiedenes

Erfreuliches wusste der Bürgermeister zum Thema **Beschaffung eines neuen Löschfahrzeugs LF 10** zu berichten: Die Gemeinde erhält zu diesem Projekt einen Zuschuss aus Mitteln des Ausgleichsstocks in Höhe von 80.000 EUR. Dieser Betrag kommt der Gemeinde zusätzlich zu der bereits zugesagten Fachförderung in Höhe von 92.000 EUR zugute. Bereits im Mai wurde von der Gemeinde der **Lärmaktionsplan** beim Landratsamt Göppingen eingereicht. Wie Bürgermeister Kohl ausführte beinhaltet der Plan den Wunsch der Gemeinde, auf nahezu der gesamten Ortsdurchfahrt vom Kreisverkehr bis auf Höhe des Anwesens Friedhofstraße 16 zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr Tempo 30 auszuweisen. Außerdem werden mit dem Lärmaktionsplan weitere Maßnahmen wie eine Änderung des Fahrbahnbelags am Kreisverkehr, ein Förderprogramm zur Sanierung der Fenster für Gebäude entlang der Ortsdurchfahrt sowie die Beschaffung einer weiteren Geschwindigkeitsmessanlage und die Förderung der Beschaffung einer Motorradlärmanzeige gefordert. Für die **Beschaffung einer Motorradlärmanzeige** wurde auch ein gesonderter Antrag auf Aufnahme in ein Förderprogramm des Landes Baden-Württemberg gestellt. Bei Bewilligung des Antrags kann die Gemeinde eine Festbetragsförderung von 4.000 EUR erhalten. Die Anschaffungskosten für ein solches Anzeigegerät belaufen sich auf rd. 13.000

EUR brutto. Am Montag, den 29. Juli (1. Ferientag) soll der **kleine Fahrradparcours** beim Sportplatz „Ostern“ eingeweiht werden. Das Projekt konnte auf Wunsch der Einwohnerschaft aus einem Teilerlös des "Almabtriebs 2017" umgesetzt werden.

Anregungen und Anfragen aus dem Gemeinderat

Ein Sprecher brachte vor, die **Tempo 30-Markierungen** auf der Eugen-Rau-Straße sollten erneuert werden. Die Verwaltung werde dies überprüfen. Zwei Sprecher plädierten dafür, in regelmäßigen Zeiträumen **Bürgerversammlungen** im Ort abzuhalten. Bürgermeister Kohl nahm diese Anregung gerne auf und hielt insbesondere Einwohnerversammlungen zu bestimmten Sachthemen wie in 2014 und 2018 für zielführend. Im Gremium werde man das weitere Vorgehen beraten. Auf eine Anfrage aus der Mitte des Gremiums führte der Bürgermeister aus, bei der erfolgten **Umrüstung der 48 Straßenlampen in LED-Technik** in verschiedenen Ortsstraßen sei es aus technischen Gründen nicht möglich gewesen, nur das Leuchtmittel auszutauschen. Deshalb war ein Austausch der kompletten Leuchte erforderlich. Eine Sprecherin regte an, im Bereich des „Trauflehners“ beim Aussichtspunkt „Letten“ einen **Abfalleimer** aufzustellen. Aus der Mitte des Gemeinderats wurde die Problematik der **Verwendung von Kunststoffgranulat auf Kunstrasenplätzen** angesprochen. Nachdem der Grundschul- und Kindergartenverband ein solches Kleinspielfeld besitzt und betreibt bat der Sprecher um verschiedene Informationen, über die im Zuge der nächsten Verbandsversammlung berichtet werden sollte.

gez.

Uwe Göhl

Schriftführer

-25.07.2019-

Bericht

zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 17.09.2019

Ehrung von langjährigen Gemeinderatsmitgliedern

Mit großer Freude konnte Bürgermeister Daniel Kohl zwei Gemeinderatsmitglieder für ihre langjährige Zugehörigkeit im Gremium auszeichnen:

Frau **Ines Landgraf** wurde für ihr 10jähriges ehrenamtliches Engagement als Gemeinderätin die Ehrenurkunde des Gemeindetags überreicht. Bürgermeister Kohl erinnerte an den Eintritt der Rätin ins Gremium im Jahr 2009, als damals jüngste Gemeinderätin in Gammelshausen. Er würdigte den Einsatz der Geehrten und hob die ruhige und sachliche Art von Frau Landgraf hervor, die dem Gremium sehr gut tue. Der Bürgermeister bedankte sich bei Ines Landgraf für Ihr langjähriges Wirken für die Gemeinschaft und überreichte ihr neben der Urkunde samt Stele noch ein Präsent der Gemeinde.



Auf 25 Jahre ehrenamtliches Engagement kann Herr **Friedrich Weiß** im Gemeinderat zurückblicken. Der Bürgermeister würdigte besonders, dass Herr Weiß das Amt „stets mit Freude, Ernsthaftigkeit, aber auch dem notwendigen Humor“ und unermüdlichem Einsatz wahrgenommen und sich bei den Beratungen mit viel Hingabe eingebracht habe. Friedrich Weiß hat so unzählige Stunden für das Gemeinwesen und die Bürgerschaft aufgebracht und dabei ein hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein gezeigt. Bürgermeister Kohl überreichte die Ehrenurkunde des Gemeindetags mit Stele und Ehrennadel sowie einem Präsent der Gemeinde, verbunden mit dem Dank für das gezeigte herausragende Engagement für die Gemeinde und die gute Zusammenarbeit.

Bebauungsplan „Bauhof“

- a) **Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen**
- b) **Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB**

Nach Beratung der im Zuge der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen fasste der Gemeinderat einstimmig den Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan „Bauhof“. Der Bebauungsplan wird dann mit der Veröffentlichung Mitteilungsblatt rechtskräftig.

Nach nunmehr drei Jahren des Planens und Abwägens im Gremium wurde vom Gemeinderat der Entwurf des Bebauungsplans in der Sitzung im Mai 2019 gebilligt und beschlossen. Anschließend erfolgte die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden. Aufgrund der eingegangenen Stellungnahmen wurde der Geltungsbereich des Bebauungsplans auf das Neubaugebäude mit Hoffläche und Wanderparkplatz reduziert und dieser noch etwas weiter nach Westen platziert. Damit wurde den vorgebrachten

Stellungnahmen des Landratsamts Göppingen Rechnung getragen. Die Planung befindet sich deshalb bis auf ein kleines Eck des Neubauvordaches außerhalb des sogenannten HQ 100-Bereichs, also des Gemarkungsbereichs, in welchem ein besonderer Hochwasserschutz gewährleistet werden muss. Besonders erfreut zeigte sich der Bürgermeister darüber, dass seitens des Regierungspräsidiums Stuttgart weitgehend Einigkeit mit umweltspezifischen Belangen der Planung bestehen und bescheinigt wurde, dass keine Naturschutzgebiete vom Vorhaben betroffen sind. Auch gibt es keine artenschutzrechtlichen Beeinträchtigungen. Das Landratsamt Göppingen hat der Gemeinde bestätigt, dass der im Zusammenhang mit der Aufstellung des Bebauungsplans erstellte Umweltbericht der Situation vor Ort gerecht werde und insbesondere die von der Gemeinde vorgeschlagenen Maßnahmen für das dortige Vogelschutzgebiet positiv bewertet werden.

Beschaffung eines Motorradlärm-Displays für die L1217

- a) Sachstand Landesförderung**
- b) Beratung und Beschlussfassung**

Mit großer Mehrheit sprach sich das Gremium dafür aus, für die Gemeinde ein Motorradlärm-Display zu beschaffen und folgte damit den Ausführungen des Bürgermeisters, der zuvor vehement für den Kauf eines solchen Geräts geworben hatte. Dieser führte eingangs aus, dass ihn das Thema Verkehr auf der Ortsdurchfahrt, Verkehrsaufkommen und -sicherheit sowie Straßenlärm bereits seit seinem Amtsantritt im Jahr 2013 intensiv beschäftige und sich der Gemeinderat in diesem Zeitraum wiederholt mit der Materie befasst und nach Verbesserungsmöglichkeiten gesucht habe. Der Bürgermeister verwies hier beispielhaft auf die in den letzten Jahren angestoßenen bzw. umgesetzten Maßnahmen, wie z. B. eine testweise Fahrbahnverswenkung auf der Ortsdurchfahrt, Beschaffung von mittlerweile drei Geschwindigkeitsanzeigeräten, Temporeduzierungen zwischen Gammelshausen und Heiningen sowie aus Richtung Gruibingen bis zum Ortseingang, Dauerbetriebsschaltung der Rathausampel, das Anlegen eines Fahrradschutzstreifens oder jüngst die Verbesserung der Beleuchtung am Zebrastreifen auf Höhe "Im Hofacker". Zweifellos nahm die Aufstellung des so genannten Lärmaktionsplans für die Ortsdurchfahrt breiten Raum in vielen Beratungen des Gemeinderats ein. Dieser Plan beinhaltet außer dem Wunsch nach einer Belagsänderung am Kreisverkehr und der Ausweisung einer nächtlichen Tempo 30-Regelung auf weiten Teilen der Ortsdurchfahrt auch die Beschaffung eines Motorradlärm-Displays im Bereich zwischen des südlichen Ortsausgangs und der ersten Serpentine. Die Anschaffungskosten für ein solches Gerät liegen gemäß dem Angebot der Fa. RTB, Bad Lippspringe, bei 13.971,97 €. Die Gemeinde hatte im Frühjahr für den Erwerb eines solchen Geräts Zuschussmittel beantragt und jüngst Landesmittel in Höhe von 4.000 € bewilligt bekommen, so dass von der Gemeinde noch 9.971,97 € aufzubringen wären. Das Gerät, das in Deutschland bisher ausschließlich von einem Anbieter bezogen werden kann, bietet technische Möglichkeiten, um neben der optischen Anzeige, dass das gemessene Fahrzeug beim Passieren der Messeinrichtung, einen bestimmten Geräuschpegel überschritten hat, auch Verkehrszählungen durchzuführen. Mittels entsprechender Auswertungen können dabei unter Umständen weitere Anliegen der Gemeinde im Hinblick auf verkehrstechnische Verbesserungen untermauert und bei Entscheidungsträgern und Behörden durchgesetzt werden, brachte der Bürgermeister zum Ausdruck. Durch die Anschaffung und Inbetriebnahme eines solchen Geräts werde auch der Einwohnerschaft signalisiert, dass die Gemeinde nahezu alle Möglichkeiten, die zu einer Minimierung des Lärms und der gefahrenen Geschwindigkeiten im Ort beitragen können, ausschöpfe.

In der anschließenden Diskussion gab es Stimmen, die Zweifel äußerten, ob der mit dem Messgerät erhoffte Erziehungseffekt bei den Verkehrsteilnehmern zu einer lärmmindernden Fahrweise eintreten werde und sich angesichts dieser Ungewissheit gegen die Anschaffung des Geräts aussprachen. Die Fürsprecher der Anlage unterstützten die Sichtweise des Bürgermeisters und brachten zum Ausdruck, dass es wichtig sei, einen optimalen Standort für die Aufstellung des Geräts auszuwählen und die

Ergebnisse zeitnah über verschiedene Veröffentlichungsmedien zu kommunizieren. Kohl führte aus, dass er zusammen mit einem Fachmann der Herstellerfirma bereits die Örtlichkeit in Augenschein genommen habe und als idealen Standort ca. 150 Meter nach dem letzten Wohngebäude im Bereich der südlichen Ortsausfahrt erachtet werde; ganz bewusst soll die dann schlussendlich mit großer Mehrheit beschlossene Anlage nur unweit der letzten Bebauung installiert werden.

Ersatzbeschaffung eines Löschfahrzeugs LF 10 für die Freiwillige Feuerwehr: Sachstand, Beratung und Beschluss zur Ausschreibung; Informationen zum weiteren Verfahren

Einstimmig beschloss der Gemeinderat, die Ersatzbeschaffung eines Löschfahrzeugs LF 10 entsprechend den rechtlichen Erfordernissen europaweit auszuschreiben.

Das aus dem Jahr 1986 stammende Fahrzeug LF 8 der örtlichen Wehr gehört zu den ältesten Einsatzfahrzeugen im Landkreis. Nach dem sogenannten Bedarfsplan ist eine Fahrzeugneubeschaffung längst überfällig und war bereits 2013 im Plan beinhaltet. Der Gemeinderat hatte im vergangenen Jahr beschlossen, Zuschussanträge für die Fahrzeugbeschaffung zu stellen. Auch hatte sich das Gremium darauf geeinigt, das kleinstmögliche zurzeit genormte Löschgruppenfahrzeug im deutschen Feuerwehrwesen, das LF 10, was dem Vorgängerfahrzeug LF 8 entspricht, zu erwerben. Diese Entscheidung erfolgte im Einvernehmen mit der örtlichen Wehr und dem Kreisbrandmeister, Herrn Prof. Dr.-Ing. Michael Reick, der der Gemeinde bescheinigte, dass jenes Fahrzeug sinnvoll und alternativlos sei.

Bürgermeister Daniel Kohl führte aus, dass sich der Feuerwehrausschuss und die Verwaltung seit gut drei Jahren intensiv mit der Materie befasst und dabei diverse Fahrzeuge in Augenschein genommen habe, um schließlich ein passgenaues Fahrzeug mit Ausrüstung für die Wehr auszuwählen. Nachdem die Gemeinde bereits mit den ersten Antragstellungen für Mittel der Fachförderung sowie aus dem Ausgleichstock des Landes Baden-Württemberg Fördermittel in Höhe von insgesamt 172.000 € bewilligt bekam, ist die Gemeinde an Fristen gebunden, das Fahrzeug schnellstmöglich europaweit auszuschreiben und den Auftrag für die Fahrzeugbeschaffung bis spätestens 30. November 2019 zu erteilen. Der Bürgermeister nahm die Gelegenheit wahr und bedankte sich bei den Mitgliedern des Feuerwehrausschusses für das intensive Engagement in dieser Thematik, als in zahlreichen Sitzungen höchst verantwortungsvoll beraten, Lösungen erarbeitet und pflichtbewusst Machbares abgewogen und beschlossen wurde. Ganz wichtig sei dabei stets gewesen, nur das Notwendige und unbedingt Erforderliche in das Anforderungspaket des Fahrzeugs aufzunehmen und dabei die finanzielle Situation stets im Auge zu behalten.

Der Gemeinderat bestätigte die wichtigen Vorarbeiten des Feuerwehrausschusses und unterstützte das Ansinnen der Wehr und der Verwaltung durch eine einstimmige Beschlussfassung.

Bekanntgaben und Verschiedenes

Mit dem Genehmigungsverfahren bei der Ausweisung der beiden kleinen Baugebiete „Haldenweg“ und „Kirchstraße“ waren für die Gemeinde Auflagen verbunden, die insbesondere durchzuführende **Ausgleichsmaßnahmen** umfassten. Der Vorsitzende gab nunmehr bekannt, dass deshalb rd. 30 Bäume auf der Gemarkung neu zu pflanzen sind. Als Standorte sind hierfür kommunale Flächen beim Sportplatz im "Ostern" sowie im Gewann "Stockert" vorgesehen. Auch für den Bebauungsplan „Bauhof“ gilt es Ausgleichsmaßnahmen in Form von Baumpflanzungen zu tätigen. Hier ist angedacht, diese auf dem Galgenbuckel zu setzen. Ein Bürger hat der Verwaltung angeboten, einen **Social-Media-Auftritt für die Gemeinde** (Facebook, Instagram) zu erstellen. Im Gremium fand dieses Angebot allgemein Interesse, jedoch zeigte sich in der Aussprache, dass es viele Fragen in dieser Angelegenheit abzuklären gibt. Die Verwaltung wurde deshalb beauftragt, diverse Aspekte zu eruieren.

Die **Stiftung von Kabarettist Christoph Sonntag** hatte sich vor den Sommerferien an die Gemeinden gewandt und angeboten, auf einem öffentlichen Platz im Bereich einer vorhandenen Asphaltfläche einen Baum zu setzen. Bisher konnte der Stiftung jedoch noch kein geeigneter Standort benannt werden. Der Vorsitzende schlug vor, evtl. über einen Aufruf im Mitteilungsblatt aus der Einwohnerschaft noch einen geeigneten Vorschlag zu erhalten. Am 3. Oktober findet die **15. TransAlb der Erlebnisregion Schwäbischer Albtrauf** (ESA), der die Gemeinde angehört, statt. Rund um Amstetten warten in diesem Jahr drei Strecken in unterschiedlichen Schwierigkeitsgraden auf die TeilnehmerInnen. Die Siegerehrung erfolgt durch BM Kohl als Vorstandsmitglied der ESA. Der **Seniorenmittag** findet am 6. Oktober im Gemeindehaus statt.

Anregungen und Anfragen aus dem Gemeinderat

Mehrere Sprecher brachten erhebliche **Klagen über Hundebesitzer** vor, die sich auf der Gemarkung nicht an die geltenden Regelungen hielten. Insbesondere wurde bemängelt, dass Hunden Auslauf auf privaten Wiesen und Feldern gewährt werde und dort dann Hundehinterlassenschaften festgestellt würden. Insbesondere auf landwirtschaftlich genutzten Flächen sei dies absolut inakzeptabel. Die entsprechenden Hundehalter hätten dabei äußerst unwirsch reagiert als diese auf ihr Fehlverhalten angesprochen wurden. Ein Gemeinderat berichtete auch von uneinsichtigen Pferdebesitzern, die sich im Galopptempo mit ihren Tieren über Privatgrundstücke bewegt hatten und er dabei gefährdet wurde. Derzeit erarbeite die Verwaltung Hinweise für die betroffenen Tierbesitzer. Von problematischen Begegnungen mit Pkw-Fahrern auf dem **Feldweg in der Verlängerung der Eschenbacher Straße zum Lotenberg** wussten auch mehrere Räte zu berichten. Hier sollten unbedingt polizeiliche Kontrollen zur Überwachung des eigentlichen Durchfahrtsverbots angefordert werden. Bürgermeister Kohl erinnerte in beiden Themen an die Diskussion um einen Polizeivollzugsdienst für mehrere Voralb-Gemeinden. Ein Ratsmitglied wies auf **schadhafte Fahrbahnbeläge und Rutschungen auf der L 1217 / Gammelshäuser Steige** hin. Der Vorsitzende sagte zu, dass sich die Verwaltung in dieser Sache erneut an die hierfür zuständige Straßenmeisterei wenden werde. Die Anfrage eines Sprechers konnte ein Ratsmitglied, gleichzeitig Vorsitzender des Kegelveins, beantworten und die in jüngster Zeit erfolgten **Neubeschaffungen und Verbesserungen auf der Kegelbahn im Gemeindehaus** erläutern. Ein Ratsmitglied bedauerte, dass die im Rahmen der Volkshochschule im Gemeindehaus vorgesehene **Veranstaltung über „Lokale Sagen“** bereits am Nachmittag stattfinde. Für diese interessante Thematik hätte er einen Abendtermin befürwortet. Weiter bemängelte er, dass es am **Kompostplatz auf Gemarkung Heiningen** nur unter verschiedenen Voraussetzungen möglich sei, größere Mengen Kompost für den Privatgebrauch abzuholen. Ein Sprecher wies auf die Notwendigkeit hin, beim **Spielplatz in der Lotenbergstraße** zwei kommunale Bäume zurück zu schneiden. Allgemein wurde eine gemeinsame **Waldbegehung mit Förster Martin Gerspacher** begrüßt.

gez.
Uwe Göhl
Schriftführer
-20.09.2019-

Bericht

zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 22.10.2019

Frageviertelstunde von Einwohnern

Eine Bürgerin nahm die geplante Beratung des Bauantrags über die Errichtung einer Sende- und Empfangsstation für Mobilfunk in einem der nachfolgenden Tagesordnungspunkte zum Anlass, ihre erheblichen Bedenken gegen die damit verbundene Strahlenbelastung zum Ausdruck zu bringen und wollte von Gemeinderat und Verwaltung wissen, ob dort die damit möglicherweise verbundenen Probleme bekannt wären. Unterlagen, die das Ansinnen der Bürgerin untermauern sollten, waren der Verwaltung und den Mitgliedern des Gemeinderats im Vorfeld der Sitzung zugegangen. Bürgermeister Daniel Kohl verwies u. a. auf eine vorliegende Standortbescheinigung der für die Gemeinde maßgeblichen Bundesnetzagentur, die im Rahmen einer gesundheitsrelevanten Prüfung bescheinigt hatte, dass der Schutz von Personen in den durch den Betrieb von ortsfesten Funkanlagen entstehenden elektromagnetischen Feldern gewährleistet sei. Weiter verwies er auf die unter TOP 3 angekündigten Informationen zur 5G-Technologie und das damit verbundene Für und Wider.

Beschaffung eines Löschgruppenfahrzeugs LF 10 für die Freiwillige Feuerwehr Gammelshausen:

- a) Vorstellung der Ausschreibungsergebnisse**
- b) Beschlussfassung über Auftragsvergabe der Lose 1-4**

Im Zuge des umfangreichen Verfahrens zur Fahrzeugersatzbeschaffung erfolgte die vorgeschriebene europaweite Ausschreibung des Fahrzeugs, aufgeteilt in vier Lose. Bürgermeister Daniel Kohl zeigte sich sehr erfreut über das hervorragende Ausschreibungsergebnis: Der Fahrzeugpreis liegt bei 309.744,56 € und damit unter der Kostenschätzung aus dem Jahr 2018, die sich auf 325.000 € belief. Rechnet man nun noch die Kosten für die individuelle Kennzeichnung/Beklebung des Fahrzeugs in Höhe von 3.500 € hinzu, so ergibt sich ein Gesamtpreis von 313.244,56 €. Unter Berücksichtigung der zugesagten Fördermittel in Höhe von 172.000 € beträgt der kommunale Eigenanteil an der Beschaffung des Löschgruppenfahrzeugs 141.244,56 €.

Bürgermeister und Gemeinderat bedankten sich in diesem Zusammenhang einmal mehr bei allen Verantwortlichen der Freiwilligen Feuerwehr für das sorgfältige und maßvolle Erarbeiten der nur wirklich erforderlichen Fahrzeugdetails, was sich nun im hervorragenden Ausschreibungsergebnis zeigt. Der Gemeinderat beschloss auf Vorschlag der Verwaltung dann einstimmig folgende Vergaben an den jeweils günstigsten Anbieter:

Fahrgestell: Fa. MAN, München (Angebotspreis: 88.958,45 €)
Fahrzeugaufbau: Fa. Magirus, Ulm (Angebotspreis: 197.361,50 €)
Fahrzeugbeladung: Fa. Barth, Fellbach (Angebotspreis: 20.751,58 €)
Funktechnik: Fa. Esser, Mülheim-Kärlich (Angebotspreis: 2.673,03 €).

Damit die Fördermittel entsprechend gewährt werden muss die Auftragsvergabe bis spätestens 30. November erfolgt sein. Bei planmäßigem Verlauf kann das Fahrzeug im Frühjahr 2021 ausgeliefert werden.

Bauantrag auf Errichtung einer Sende- und Empfangsstation für Mobilfunk mit Antennenmast und Outdoor-Technik auf Flurstück 578/1, Gewann „Brühl“; Information zur 5G-Technologie

Bereits im Frühjahr 2018 war die Deutsche Funkturm GmbH an die Gemeinde Gammelshausen auf der Suche nach einem geeigneten Grundstück für einen Funk- und Sendemast herangetreten. Zwei von der Gemeinde vorgeschlagene Grundstücke wurden dabei als ungeeignet abgelehnt. Passend war dagegen die nunmehr als Baugrundstück ins Auge gefasste Fläche des Regenüberlaufbeckens im Gewann "Brühl", welches neben der Gesamtgemeinde Gammelshausen auch den östlichen Teil der Nachbargemeinde Dürnau abdecken kann. Sofern seitens der Gemeinde keine geeignete Grundstücksfläche hätte angeboten werden können wären auch private Grundstücksflächen spruchreif gewesen, mit deren Eigentümern bereits Kontakte aufgenommen wurden. Somit wären auch Standorte auf Dächern im Ortsgebiet oder am Schulweg möglich geworden. Dies wäre nicht im Sinne der Gemeinde gewesen und so galt es einen geeigneten kommunalen Standort zu finden. Nachdem man sich auf den Standort im "Brühl" geeinigt hatte wurde per Gemeinderatsbeschluss ein Mietvertrag mit der DFMG (Deutsche Funkturm GmbH) Stuttgart über einen Zeitraum von 15 Jahren abgeschlossen.

Der in der Sitzung anwesende Geschäftsführer der Gigabit Region Stuttgart GmbH und Breitbandbeauftragter der Region Stuttgart, Hans-Jürgen Bahde, machte deutlich, dass die Gemeinde im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit der Breitbandversorgung als unterversorgt gelte und deshalb der Sendemast auf der Gemarkung erforderlich sei. Bezugnehmend auf eine Veröffentlichung der Stiftung Warentest bescheinigte er, dass mit der Erstellung und Inbetriebnahme des Funkmastes und Nutzung im vorgesehenen Frequenzbereich bis zu 3,6 GHz (Gigahertz) keine gesundheitlichen Beeinträchtigungen für die Bevölkerung verbunden wären.

Aus der Mitte des Gremiums wurde angeregt, zu versuchen, im Mietverhältnis festzuhalten, dass keine höheren Frequenzen benutzt werden. Dies vor dem Hintergrund dessen, dass noch keine Forschungen über höhere Frequenzen und damit verbundene Beeinträchtigungen vorliegen.

Der Bürgermeister stellte fest, der Gemeinderat habe im Laufe des Verfahrens stets das Wohl der Bürger im Blickfeld gehabt und sich im Hinblick auf die heutigen Anforderungen bei der Funk- und Sendetechnik der Zukunftsfähigkeit nicht verschließen wollen. Neben der reinen Telefonie ist das Internet mittlerweile unverzichtbarer Bestandteil des Alltags. Insbesondere für Rettungsdienste wird die neue 5G-Technik zu einer spürbaren Verbesserung führen.

Das eigentliche Bauvorhaben umfasst neben dem 28 m hohen Schleuderbetonmast ein rd. zwei Meter tiefes Fundament, einen Systemtechnikraum und eine Schlüsseltresorsäule. Das Bauvorhaben wird seitens des Landratsamts Göppingen als bauordnungsrechtlich in Ordnung bewertet. Eine Baugenehmigung wird in Aussicht gestellt. Die gesundheitsrelevante Prüfung im Rahmen der Standortbescheinigung der Bundesnetzagentur besagt, dass „der Schutz von Personen in den durch den Betrieb von ortsfesten Funkanlagen entstehenden elektromagnetischen Feldern gewährleistet ist“. Der Gemeinderat erteilte nach einer umfassenden Beratung das kommunale Einvernehmen zum Bauvorhaben.

Neuaufgabe des kommunalen Blumenschmuckwettbewerbs in Gammelshausen: Beratung

Vor 17 Jahren fand der letzte offizielle Blumenschmuckwettbewerb im Ort statt. Bürgermeister Daniel Kohl erklärte, er verspüre nicht zuletzt aus Gesprächen mit der Bürgerschaft große Lust, diese Traditionsveranstaltung wieder ins Leben zu rufen und mit neuen Merkmalen und Impulsen auszustatten. Aspekte wie Nachhaltigkeit oder einfach nur Anregungen, wieder vermehrt Blumen im Ort zu pflanzen, könnten dort eine wichtige Rolle spielen. Ob schlussendlich als Wettbewerb oder nicht, er könne sich vorstellen, nach heutiger Beauftragung durch den Gemeinderat, eine Konzeption zu erarbeiten, über die dann zu gegebener Zeit beraten und beschlossen werden könnte. Im Gremium wurde dieses Ansinnen nahezu durchweg positiv bewertet und so beauftragte der Gemeinderat die Verwaltung mit der Erstellung einer entsprechenden Konzeption zur möglichen Durchführung einer Neuaufgabe des Blumenschmuckwettbewerbs.

Bekanntgaben und Verschiedenes

Über einen Aufruf im Mitteilungsblatt soll ein Standort für eine **Baumpflanzung auf öffentlichen, bisher noch versiegelten Flächen** gefunden werden. Die **Stiftung des Kabarettisten Christoph Sonntag** würde dann einen Baum zur Anpflanzung stiften. Der Gemeinderat wird am Samstag, den 9. November gemeinsam mit dem Revierförster Martin Gerspacher eine **Waldbegehung** durchführen. Im Gremium war man sich darüber einig, auch interessierten Einwohnern die Teilnahme an dieser Veranstaltung zu ermöglichen. Die Mitglieder der Bauausschüsse der Gemeinden Gammelshausen und Dürnau hatten sich vor Kurzem im **ehemaligen Kindergarten Regenbogen** getroffen, um dort einer **Undichtigkeit am Dach** auf die Spur zu kommen. Der Schaden konnte jedoch noch nicht geortet werden. Die dort Beschäftigten wurden angehalten, einen Wassereintritt umgehend an die Verbandsverwaltung zu melden, damit eine Schadensbehebung erfolgen kann. Mögliche Lösungsvorschläge wurden beim Ortstermin ausgetauscht. In der nächsten Gemeinderatssitzung wird das Gremium über die **Festsetzungen des Bebauungsplans „Letten II“** beraten, um nach dem erfolgten Aufstellungsbeschluss zeitnah den Entwurfsbeschluss folgen zu lassen.

Anregungen und Anfragen aus dem Gemeinderat

Auf Anfrage eines Ratsmitglieds führte Bürgermeister Kohl aus, der **Metzgereibetrieb**, der seit April 2019 mit einem **Verkaufswagen beim ALDI-Parkplatz** präsent war, könne aus personalbedingten Gründen diese Dienstleistung nicht mehr anbieten. Der Bürgermeister erklärte, er versuche, hier evtl. einen anderen Interessenten für diesen Standort zu gewinnen. Ein Sprecher bat im Hinblick auf die kommenden Haushaltsplanberatungen um frühzeitige Übersendung der entsprechenden **Eröffnungsbilanz**, was vom Bürgermeister zugesagt wurde. Im Dezember stehe die Feststellung der Bilanz auf der Agenda. Auf Anfrage eines Gemeinderats erklärte der Bürgermeister, die nächste **Einwohnerversammlung** könne im ersten Quartal des nächsten Jahres durchgeführt werden. Ein Ratsmitglied erkundigte sich nach dem Stand der geplanten **Ertüchtigung des Geschwindigkeitsmessgeräts im südlichen Ortsbereich**. Der Vorsitzende führte aus, die Maßnahme soll im kommenden Jahr umgesetzt werden. Weitere Details zur Ausführung hätten seitens des Landratsamts als Betreiber zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gemacht werden können.

gez.
Uwe Göhl
Schriftführer
-24.10.2019-

Bericht

zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 12.11.2019

Frageviertelstunde von Einwohnern

Mehrere Anfragen der Zuhörer, davon viele Anwohner aus dem Schulweg, betrafen die Parksituation auf dem Schulweg, die durch Markierungen geregelt wurde. Bürgermeister Daniel Kohl teilte mit, dass noch in derselben Woche eine Optimierung erfolgen werde. Schilderungen eines weiteren Anwohners zufolge störte neben eines regelmäßig morgens zum Einsatz kommenden Laubbläasers auch ein kleiner Fiat aus Gammelshausen durch hohes Lärmaufkommen, worauf der Vorsitzende auf die grundsätzliche Zulässigkeit von Gartengeräten - auch am Morgen und außer sonn- und feiertags - verwies. Den Fahrzeugführer direkt anzusprechen hätte aus Sicht des Vorsitzenden die vermutlich beste Wirkung. Auch wollte derselbe Bürger wissen, ob der Ampelbetrieb auf der Hauptstraße als Dauerbetrieb ausgestaltet werden müsse, was vom Bürgermeister bejaht wurde. Dies sei ganz bewusst von Verwaltung und Gemeinderat gewünscht worden und aus Sicherheitsgründen auch berechtigt. Deutlich machte der Bürgermeister auch, dass im Zuge der Bauarbeiten bei der Erstellung des geplanten Gebäudeneubaus im Einmündungsbereich Hauptstraße/Schulweg die Abwicklung des Baustellenverkehrs und Aufstellung des Baukrans aus Sicherheitsgründen nicht über den Schulweg erfolgen soll. Hier werde man sich rechtzeitig mit Bauherrschaft und -unternehmen besprechen.

Bebauungsplan „Am Schulweg - Erweiterung“: Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss gem. § 13a BauGB

Einstimmig fasste der Gemeinderat den Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss für den Bebauungsplan „Am Schulweg - Erweiterung“. Damit werden die planungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen, im dortigen Bereich auf Flurstück 55/1 ein Wohn- und Geschäftshaus mit 8 Wohneinheiten und einer Gewerbeeinheit zu erstellen. Das Gebäude ist ohne Tiefgarage geplant. Stellplätze werden ebenerdig auf dem Baugrundstück ausgewiesen. Der in der Sitzung anwesende Planer Andreas Mäußnest vom Büro mquadrat in Bad Boll erläuterte den Bebauungsplan und informierte insbesondere über Vorschriften, die im Zusammenhang mit Ökologie und Nachhaltigkeit zu sehen sind. So sind die dortigen Erschließungsflächen aus Gründen der Flächenversiegelung wasserdurchlässig herzustellen, für unbebaute unbefestigte Grundstücksflächen gilt zur Vermeidung von „Steinwüsten“ ein Verbot von Stein- oder Kiesschüttungen; dort sind vielmehr Grünflächen anzulegen. Erstmals in einem Gammelshäuser Bebauungsplan ist die Begrünung von Flachdächern zwingend vorgeschrieben. Auf Vorbringen eines Ratsmitglieds war man sich im Gremium darüber einig, dass im Bebauungsplan Regelungen aufgenommen werden sollen, die die Installation von Photovoltaikanlagen auch auf den Flachdächern ermöglichen sollen. Im weiteren Verfahren wird der Bebauungsplan nach der heutigen Beschlussfassung öffentlich ausgelegt. Dann erhält die Öffentlichkeit die Möglichkeit, Einblick in den Plan zu nehmen und Anregungen vorzubringen.

Bebauungsplan „Letten II“: Beratung über Festsetzungsvorschläge der Arbeitsgruppe des Nachhaltigkeitsbeirats

Im Jahr 2018 hat sich der Gemeindeverwaltungsverband „Raum Bad Boll“ zur zweiten Nachhaltigkeitsregion im Land entwickelt und es entstanden mehrere Arbeitsgruppen rund um die Nachhaltigkeit. In der Sitzung stellte Hans Ley als Sprecher der Arbeitsgruppe „Flächensparendes Bauen“ Ideen vor, die bei der Aufstellung von Bebauungsplänen als sehr wichtig erachtet werden. Als Grundsatz gelte, dass wenn schon

gebaut und damit Flächen verbraucht werden, dies so nachhaltig wie möglich erfolgen sollte, so der Sprecher. Für den Bebauungsplan „Letten II“ wurden u. a. folgende Punkte angeführt:

Das Einplanen von Grün-, Blüh- und Spielflächen, das Verbot von Schotterflächen, das Anbringen von Dachbegrünungen und Photovoltaikanlagen fordern, zum Bau von privaten Stromtankstellen verpflichten, ökologische Baustoffe verwenden, Ölheizungen verbieten und dafür regenerative Heizsysteme fördern oder ein Blockheizkraftwerk erstellen, eine möglichst verdichtete Bebauung anstreben.

In der anschließenden Aussprache fanden die vorgestellten Anregungen im Gremium grundsätzlich ein positives Echo. Unterschiedlich bewertet wurde jedoch, ob für die Umsetzung Anreize geschaffen oder verpflichtende Regelungen aufgestellt werden sollten. Als wichtig wurde ebenfalls erachtet, die Bauplätze Zug um Zug zu veräußern und nicht alle Grundstücke sofort zu verkaufen. So soll u. a. auch erreicht werden, für Einheimische in ein paar Jahren noch Bauplätze im Angebot zu haben. Die Verwaltung wurde beauftragt, beim Büro mquadrat eine zweite Planvariante ausarbeiten zu lassen, die ein Baufenster für ein flächensparendes Mehrfamilien- bzw. Mehrgenerationenhaus – z. B. mit einem gemeinschaftlich genutzten Garten – vorsieht. Der Bürgermeister wies hierzu neben der Problematik der Geschossigkeit im Gebiet auch auf den Bedarf hin, der vermutlich für eine derartige Wohnform nicht ausreichend vorhanden ist. Einig war man sich im Gremium, dass für die Thematik eines Quartierskonzepts auch externe Unterstützung, wie beispielsweise die Energieagentur des Landkreises, angefragt wird bzw. Gemeinden mit Quartierskonzepten nach deren Erfahrungen befragt werden.

Abschnittsweise Gehwegesanie rung: Information und Beratung

Laut Bürgermeister Daniel Kohl befinden sich zwei Gehwegabschnitte in einem extrem schlechten Zustand und bedürfen dringender Sanierungsmaßnahmen. Es handelt sich hierbei um Gehwegabschnitte in der Rosen-/Schillerstraße sowie in der Eugen-Rau-Straße. Eine Kostenschätzung hierfür beläuft sich auf Ausgaben in Höhe von rd. 100.000 €. Der Bürgermeister plädierte aufgrund der räumlichen Nähe beider Gehwege dafür, die Maßnahmen im kommenden Jahr unbedingt zusammen durchzuführen. Nicht zuletzt durch höhere Gewerbesteuererinnahmen und vorhandene Rücklagen könnten die Arbeiten finanziell bewältigt werden. Der Gemeinderat einigte sich darauf, Finanzmittel für die Gehwegesanie rung in den Haushaltsplan 2020 einzustellen und die Arbeiten dann zusammen mit den Leitungs- und Straßensanie rungsarbeiten zu den Aussiedlerhöfen, die ebenfalls im kommenden Jahr ausgeführt werden sollen, auszuschreiben.

Vorbera tung der Verbandsversammlung des Grundschul- und Kindergartenverbands Dürnau-Gammelshausen am 19.11.2019

Ausführlich befasste sich das Gremium mit den in der Verbandsversammlung anstehenden Angelegenheiten. U.a. stehen Tätigkeitsberichte und aktuelle Informationen aus der Grundschule und dem Kinderhaus auf der Tagesordnung. Wichtige Tagesordnungspunkte sind auch die Beratung und Beschlussfassung des Haushaltsplans 2020 und die Informationen über den DigitalPakt-Schule 2019 bis 2024.

Vorbera tung der Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbands „Raum Bad Boll“ am 27.11.2019

Im Rahmen der Verbandsversammlung werden die aufgrund der Kommunalwahlen 2019 ausscheidenden Vertreter der sechs Verbandsgemeinden verabschiedet und die neu bestellten Vertreter in ihr Amt eingeführt. In Gammelshausen bedeutet dies, dass für die Herren Gemeinderäte Hans Hohlbauch und Friedrich Weiß künftig Heike Mohring und Andreas Böhringer in der Verbandsversammlung vertreten sein werden. Weitere wichtige Tagesordnungspunkte sind u. a. die Fortschreibung des Flächennutzungsplans 2030 im Bezug auf die Nahversorgungsstandorte und das gewünschte interkommunale Gewerbegebiet in Aichelberg sowie die Beratung und Einbringung des Haushaltsplans 2020.

Bekanntgaben und Verschiedenes

Nach wie vor wird ein optimaler Standort für ein sogenanntes „Mitfahrbänkle“ im Ort gesucht. Der Gemeinderat wird wegen der Standortfrage nochmals Überlegungen anstellen. Der **Veranstaltungskalender 2020** für die Vereine und Institutionen aus Gammelshausen und Dürnau wird derzeit von Frau Heike Kälberer von der Gemeindeverwaltung erstellt. Bürgermeister Daniel Kohl gab bekannt, dass auch im

kommenden Jahr wieder ein kulturell vielfältiges Programm erwartet werden darf, für das er sich bei allen beteiligten Vereinen, Gruppen und Institutionen herzlich bedankte. Nach dem tollen Erfolg bei seinem Gastspiel vor drei Jahren in Gammelshausen wird am 17. April 2020 der schwäbische Entertainer **Hansy Vogt wieder im Gemeindehaus** auftreten.

Anregungen und Anfragen aus dem Gemeinderat

Auf Vorbringen eines Ratsmitglieds sagte der Bürgermeister zu, dass die **teilweise verblassten Tempo 30-Markierungen** auf den Ortsstraßen nachgebessert werden. Die Erweiterung zu einem **zweiten Weihnachtsbaum-Standort** der Gemeinde zum Maibaum-Fundament an der Hauptstraße ist aus infrastrukturellen Gründen nicht möglich, da dort kein Stromanschluss für die Christbaumbeleuchtung vorhanden sei. Wenngleich dieser Standort sicher schön und gut sichtbar wäre waren sich Verwaltung und Gemeinderat darüber einig, dort keinen zweiten Standort zu akquirieren. Angeregt wurde aus der Mitte des Gremiums, die **Flächenkonzeption** der Gemeinde sowie die damit verbundenen Ziele zu gegebener Zeit nochmals zu thematisieren.

gez.

Uwe Göhl

Schriftführer

-15.11.2019-

Bericht

zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 10.12.2019

Forstwirtschaftsplan 2020 für den Gemeindewald

a) Beratung und Beschlussfassung

b) Forstliche Betreuung nach Forstneuorganisation ab 01.01.2020

Auch im kommenden Forstwirtschaftsjahr kann die Gemeinde mit einem Ertrag aus dem geplanten Holzeinschlag rechnen. Wie Revierförster Martin Gerspacher ausführte werden sich die Einnahmen aus dem Holzverkauf planmäßig auf 19.833 € belaufen. Dem stehen Ausgaben in Höhe von 16.269 € gegenüber, so dass der Haushaltsplan für den Gemeindewald einen Überschuss von 3.564 € aufweist. Der Holzeinschlag liegt dabei bei insgesamt 350 EFm überwiegend im Bereich des Waldgebiets „Säuhau“. Gerspacher machte deutlich, dass der vorgesehene Holzeinschlag sich innerhalb dessen bewege, was die vom Gemeinderat im Jahr 2006 beschlossene Forsteinrichtung zulasse. Nach wie vor sei der Borkenkäferbefall auch im Gemeindewald ein Problem und dieser habe sich im vergangenen Jahr durch die lange Trockenheit massiv verstärkt. Der Leiter des Forstamts im Landratsamt Göppingen, Martin Geisel, informierte darüber, dass zum 1. Januar 2020 eine umfassende Strukturreform im Forstwesen anstehe, was Auswirkungen auf die künftigen Aufgaben, insbesondere die Holzvermarktung, entfalte. Der Gemeinderat hatte sich bereits in einer früheren Sitzung dafür ausgesprochen, dass sich die Gemeinde dem sogenannten interkommunalen Kooperationsmodell im Landkreis Göppingen anschließen werde, wobei die Betreuung durch das Forstamt weiterhin ermöglicht wird. Nachdem der bisher für die Gemeinde Gammelshausen zuständige Revierförster Martin Gerspacher in Kürze eine Tätigkeit beim Land Baden-Württemberg antreten wird bedankte sich Bürgermeister Daniel Kohl beim scheidenden Förster für die insgesamt 21 Jahre lange gute Betreuung des Gemeindewaldes und würdigte die stets gute und konstruktive Zusammenarbeit. Als kleine Anerkennung überreichte der Bürgermeister Herrn Gerspacher ein Präsent der Gemeinde. Martin Gerspacher bedankte sich in seinem Schlusswort bei Gemeinderat und Verwaltung ebenfalls für die gute Zusammenarbeit. Der Gemeindewald wird künftig von Revierförster Christoph Reich betreut werden.



Kommunale Doppik - Feststellung der Eröffnungsbilanz der Gemeinde Gammelshausen zum 01.01.2019: Beratung und Beschluss

Mit der Einführung des NKHR (Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen Baden-Württemberg) zum 01.01.2019 ist aufgrund der gesetzlichen Grundlagen auch eine Eröffnungsbilanz zu diesem Stichtag zu erstellen und vom Gemeinderat feststellen zu lassen. Katja Schaible vom Gemeindeverwaltungsverband "Raum Bad Boll" erläuterte ausführlich das Zahlenwerk und die damit verbundenen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Dabei beläuft sich die nunmehr erstmals ermittelte Bilanzsumme auf insgesamt 10.589.412,93 €. Hiervon sind 9.411.110,41 € im Anlagevermögen, 902.621,03 € im Finanzvermögen und 275.681,49 € als Abgrenzungsposten auf der Aktivseite gebunden. Der Gemeinderat stellte die aufgezeigte Eröffnungsbilanz

einstimmig fest. Der Beschluss der Eröffnungsbilanz ist nunmehr der Kommunalaufsicht und dem Rechnungsprüfungsamt beim Landratsamt Göppingen vorzulegen.

Öffentliche E-Carsharing-Struktur in Gammelshausen

- a) Sachstand; Information zu neuem Fördermodell**
- b) Beschlussfassung für Zusammenarbeit mit Fa. deer, Calw, zur Installation einer E-Ladesäule für zwei Fahrzeuge**
- c) Standortfestlegung**

Seit gut einem halben Jahr steht die Gemeinde Gammelshausen mit der Fa. deer, Calw, in Verbindung, um eine Beteiligung an einer öffentlichen E-Carsharing-Struktur auszuloten. Im Mai 2019 befasste sich der Gemeinderat erstmals mit der Thematik. Nun erläuterte Frau Ricarda Becker von der Fa. deer erneut die Möglichkeiten des Car-Sharing-Kooperationsmodells und neue Fördermöglichkeiten für die Umsetzung. Für die Installation einer Ladesäule für ein bis zwei Elektrofahrzeuge stehen Kosten für die Gemeinde in Höhe von 12.000 € bis 15.000 € im Raum. Im Zuge eines neuen Förderprogramms des Landes Baden-Württemberg werden hiervon jeweils 50% der Anschaffungskosten und auch der Kosten für die Ankervermietung durch die Gemeinde übernommen. Nach einer regen Diskussion beschloss der Gemeinderat einstimmig den Beitritt der Gemeinde Gammelshausen zur E-Carsharing-Struktur mit der Fa. deer und beauftragte die Verwaltung, eine Ladesäule für zwei elektrisch betriebene Fahrzeuge zu bestellen. Als Standort für die Ladesäule wurden zwei Alternativmöglichkeiten festgelegt: Die Ladesäule soll entweder auf den Schotterparkplätzen, südlich der Rosenstraße, oder auf den oberen Parkplätzen an der Schillerstraße installiert werden. An beiden Standorten würde auch die Möglichkeit bestehen, noch für zwei weitere Fahrzeuge Lademöglichkeiten zu schaffen. Nachdem für die Ladesäule eine gesonderte Stromanschlussleitung verlegt werden muss soll der Standort abhängig von den zu erwartenden Anschlusskosten gemacht werden. Weiter wurde die Reservierung eines Elektrofahrzeugs, ein Renault Zoe, über die Fa. deer beschlossen, das dann am Standort Gammelshausen zur Verfügung stehen wird und für Fahrten aller Art von jedermann genutzt werden kann. Wie Frau Becker ausführte kann das Projekt bei gutem Verlauf innerhalb von drei Wochen nach Vorliegen des Angebots des Stromanbieters für die Anschlussinstallation der Ladesäule umgesetzt werden. Dann soll die Einwohnerschaft auch durch eine besondere Veranstaltung über das neue Carsharing-Angebot in Gammelshausen informiert werden. Bürgermeister Daniel Kohl freute sich sehr über diesen weiteren Schritt zur Nachhaltigkeit bzw. zur öffentlichen Förderung der Elektromobilität und des Carsharings im Allgemeinen.

Bausachen

Antrag auf Bauvoranfrage zur Errichtung eines Wohnhauses auf Flurstück 28, Gartenstraße 14

Nicht leicht machte sich der Gemeinderat die Entscheidung zur eingegangenen Bauvoranfrage. Das geplante Baugrundstück befindet sich im sogenannten Außenbereich, so dass die Gemeinde zuvor entsprechende planungsrechtliche Voraussetzungen in Form der Aufstellung einer Abrundungssatzung oder eines Bebauungsplans schaffen müsste. Es wurde festgestellt, dass das geplante Bauvorhaben zwar durchaus in das vom Gemeinderat gewünschte Arrondierungskonzept passen würde, jedoch wegen des sich in unmittelbarer Nähe befindlichen landwirtschaftlichen Betriebs nicht zuletzt aus immissionsschutzrechtlichen Gründen erhebliche Probleme befürchtet werden. Ein Wohngebäude wie vom Bauherrn geplant könnte den Fortbestand des landwirtschaftlichen Betriebes gefährden. Eine schriftliche Stellungnahme des Landwirtschaftsamts Göppingen zur Bauvoranfrage lag noch nicht vor und kann aus Fristgründen auch nicht abgewartet werden. Der Gemeinderat sah sich deshalb veranlasst, das kommunale Einvernehmen zur Bauvoranfrage nicht zu erteilen und folgte so einhellig dem Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Bekanntgaben und Verschiedenes

Die Aufgaben eines Gutachterausschusses werden durch den Beitritt der Gemeinde im Zuge einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Göppingen ab 01.01.2020 vom dortigen Gutachterausschuss erledigt. Aus rechtlichen Gründen ist deshalb die Gutachterausschussgebührensatzung der Gemeinde aufzuheben. Es gelten dann die Gebührensätze des dortigen Gutachterausschusses. Der Gemeinderat beschloss deshalb eine **Aufhebung der örtlichen Gutachterausschussgebührensatzung**. Weiter

informierte der Vorsitzende über die damit in Zusammenhang stehenden Änderungen ab dem neuen Jahr. Im neuen Gutachterausschuss vertreten sind für Bewertungen auf Gammelshäuser Markung die Herren Frank Anders (1. Vorsitzender), Wolfgang Scheiring (Stv. Vorsitzender) und Walter Krummrein (Landwirtschaft). Zwischenzeitlich wurde vom Bauausschuss der Gemeinde ein Standort für das „**Mitfahrbänkle**“ als weiteres Projekt der N-Region vorgeschlagen und vom Gemeinderat im Umlaufverfahren befürwortet. Die Bank soll auf der öffentlichen Fläche beim zwischenzeitlich abgerissenen Gebäude Hauptstraße 27, südlich des Ristorante „Il Cavallino“ aufgestellt werden. Neuigkeiten konnte Bürgermeister Daniel Kohl zum **Lärmaktionsplan** berichten: Vom Land Baden-Württemberg wurden zwischenzeitlich neue Messungen entlang der Ortsdurchfahrt durchgeführt. Hierzu war an einem Straßenschild ein graues Kästchen angebracht, das in jüngster Zeit für Irritationen gesorgt hatte. Die Messungen ergaben, dass von den Gebäuden entlang der Hauptstraße insgesamt 16 als lärmbelastet ausgemacht wurden. Aufgrund des Baujahres, die Gebäude müssen vor dem 01.04.1974 errichtet worden sein, damit die Eigentümer Fördermittel erhalten können, kommt eine Förderung für 15 Gebäude in Frage. Damit können für diese Gebäude der Austausch der Fenster mit einem Fördersatz in Höhe von 75% der Kosten gefördert werden. Die Verwaltung wird die betroffenen Gebäudeeigentümer noch vor Weihnachten darüber informieren. Anschließend bedankte sich der Bürgermeister bei den Mitgliedern des Gemeinderats für die gute Zusammenarbeit und wünschte allen frohe Weihnachtsfeiertage.

Anregungen und Anfragen aus dem Gemeinderat

Auf Anfrage eines Ratsmitglieds informierte der Vorsitzende, dass in Sachen **Grundkostenanteil im Grundschul- und Kindergartenverband** mit der Gemeinde Dürnau und der Kämmerei bereits Gespräche vereinbart seien. Aus der Mitte des Gremiums wurde angeregt, bereits frühzeitig nach Möglichkeiten zu suchen, damit beim **Dorffest 2020** möglichst auf die Verwendung von Einweggeschirr verzichtet werden kann. Angeregt wurde, dass untersucht werden soll, ob beim **Neubauprojekt Bauhof die Installation einer Photovoltaikanlage** möglich ist. Ein Ratsmitglied regte an, zur Erörterung von Sachfragen zur Thematik „Energie für das **Baugebiet Letten II**“ einen externen Berater beizuziehen, was vom Vorsitzenden bereits in die Wege geleitet wurde. Derselbe Sprecher brachte vor, es sollte geprüft werden, ob auf den gemeindeeigenen Gebäuden Photovoltaikanlagen installiert werden können. Auf Anfrage eines Gemeinderats erklärte Bürgermeister Kohl, derzeit gebe es keine weiteren Hinweise und Informationen zu den im Ort aufgetauchten „**Gaunerzinken**“. Die Verwaltung habe das Thema ernst genommen und über Veröffentlichungen in der Tageszeitung und im Mitteilungsblatt die Einwohnerschaft für das Thema sensibilisiert.

gez.
Uwe Göhl
Schriftführer
-12.12.2019-